

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T :

Der große Sieg des chinesischen Volkes	1
Ein Wendepunkt in Deutschlands Nachkriegsentwicklung	3
A. LEONTJEW — Zwei Linien der wirtschaftlichen Entwicklung	5
I. ZWETAJEW — Der Bankrott der Regierungskoalition in Frankreich	11
A. PIRADOW — Der Ausverkauf Jugoslawiens durch die Titobande (Eine Auslandspresseschau)	16
In den Ländern der Volksdemokratie	19
Internationale Umschau (Notizen)	20
A. LAWREJOW — Das fortschrittliche Amerika im Kampfe mit der Reaktion (Brief aus New York) . .	24
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen:	
N. SERGEJEW — Eine Atomattacke der BBC . . .	28
Fragen und Antworten:	
V. BERESHKOW — Das Schicksal der italienischen Kolonien	30
Chronik der internationalen Ereignisse	31

Nr. 42
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Der große Sieg des chinesischen Volkes

DIE GRÜNDUNG der Volksrepublik China bedeutet den größten Sieg des chinesischen Volkes seit all den Jahrhunderten seiner Geschichte. Endlich ist das große chinesische Volk wirklich zum souveränen Herrn seines Landes geworden. Von jetzt an gehört die Macht im größten Lande Asiens dem Volk. China wirft damit die Ketten der imperialistischen und der feudalen Unterdrückung ab und hört auf, ein Gegenstand kolonialer Ausplünderung, eine Bereicherungsquelle für die amerikanischen, die englischen und alle übrigen imperialistischen Räuber zu sein.

Zu Ende ist die Periode halbkolonialer Sklaverei eines großen Volkes. Aus einem schwachen, abhängigen Land verwandelt sich nun China in eine starke, selbständige und unabhängige Großmacht, die berufen ist, in den internationalen Angelegenheiten eine bedeutende Rolle zu spielen.

Das durch und durch zersetzte reaktionäre Regime der volksfeindlichen Clique Tschiangkai-scheks ist trotz der höchstmöglichen finanziellen und militärischen Unterstützung durch den amerikanischen Imperialismus zusammengebrochen. Es konnte den Schlägen des Volkes nicht standhalten, das sich zum revolutionären nationalen Befreiungskrieg erhoben hat, wobei es die tiefe Sympathie und den moralischen Beistand des gesamten von der Sowjetunion geführten demokratischen Lagers der Welt genießt.

Der Sieg des chinesischen Volkes ist durch mehrere Faktoren von welthistorischer Bedeutung bedingt worden. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland hat die Krise und Schwächung des imperialistischen Kolonialsystems hervorgerufen und den unterdrückten Völkern des Ostens den geraden Weg zu ihrer Befreiung, den Weg des entschlossenen nationalen Befreiungskampfes gegen den Imperialismus unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei gewiesen. Die Führer der fortschrittlichen Menschheit, Lenin und Stalin, haben die wissenschaftliche Theorie der nationalen Kolonialrevolution ausgearbeitet. Von dieser Theorie hat sich die Kommunistische Partei Chinas leiten lassen,

als sie das Volk erhob und im nationalen Befreiungskampf an seine Spitze trat. Die wichtigste geschichtliche Voraussetzung für den Sieg des chinesischen Volkes in diesem Kampf war die Zerschmetterung Hitlerdeutschlands und besonders des imperialistischen Japan durch die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg.

Schon im Jahre 1925 sagte J. W. Stalin:

„Die Kräfte der revolutionären Bewegung in China sind von unglaublichem Ausmaß. Sie haben sich noch nicht gehörig geäußert. Sie werden sich in der Zukunft noch äußern. Die Machthaber des Ostens und des Westens, die diese Kräfte nicht sehen und nicht in gebührender Weise in Rechnung stellen, werden dabei den kürzeren ziehen... Hier sind Wahrheit und Gerechtigkeit ganz auf Seiten der chinesischen Revolution. Darum besitzt die chinesische Revolution in ihrem Kampf um die Befreiung des chinesischen Volkes vom Joch der Imperialisten und für die Vereinigung Chinas zu einem einheitlichen Staat unsere Sympathien und wird sie immer besitzen. Wer diese Kraft nicht in Rechnung stellt und nicht in Rechnung stellen wird, wird bestimmt der verlierende Teil sein.“

Die geniale Stalinsche Voraussicht ist Wirklichkeit geworden. Das geschlagene Regime der Kuomintang-Bankrotteure geht zugrunde. Die auf Unterwerfung und Kolonisierung Chinas gerichteten Pläne der amerikanischen Politiker sind gescheitert. Sie haben sich verrechnet, da sie die revolutionäre Kraft des chinesischen Volkes unter den Bedingungen des allgemeinen Aufstiegs der nationalen Befreiungsbewegung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern, in der durch die Erfolge und Siege des gesamten demokratischen Lagers geschaffenen Lage unterschätzten.

Die starrköpfigen Politiker der kapitalistischen Länder, vor allem die Washingtoner Machthaber, ignorieren die Lehren der Geschichte. Sie wollen sich nicht mit dem Gedanken aussöhnen, daß ihre kurzsichtige Politik in China einen vollen und

unwiderruflichen Bankrott erlitten hat. Sie suchen jene augenscheinliche, aber für sie unangenehme Tatsache zu leugnen, daß die Kuomintangclique sogar in den wenigen Südprowinzen des Landes, die von der chinesischen Volksbefreiungsarmee noch nicht besetzt sind, rasch und unwiederbringlich die Kontrolle verliert. Sie sind bestrebt, das Ausmaß ihrer Niederlage verkleinert darzustellen.

Aber Tatsachen sind nicht aus der Welt zu schaffen. In Peking ist die Zentrale Volksregierung des neuen China gegründet worden. Die im Zusammenhang mit diesem Ereignis im ganzen Land vor sich gehenden Massendemonstrationen, Meetings, Versammlungen; der allerfassende Jubel des chinesischen Volkes; seine volle Zustimmung zum Programm der neuen Regierung — all das spricht überzeugend dafür, daß diese Regierung die Lebensinteressen des Volkes ausdrückt, daß sie berechtigt ist, im Namen des Volkes zu sprechen, und seine restlose Unterstützung genießt. Unter der Kontrolle dieser Regierung befinden sich mehr als zwei Drittel des Gesamtterritoriums des Landes, mehr als neun Zehntel der gesamten Industrie und des Verkehrswesens, alle Großstädte außer Kanton.

Getreu ihrer Politik freundschaftlicher Beziehungen zum chinesischen Volk, hat die Sowjetregierung unverzüglich diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen. Die Schaffung diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion hat in China allgemein Freude und Triumph ausgelöst. Die Schanghai-Zeitung „Tsjejangschipao“ schreibt hierüber:

„Der Beschluß der Sowjetregierung, das neue China anzuerkennen, erregt Aufmerksamkeit in der ganzen Welt. Heute, da das chinesische Volk im nationalen Befreiungskrieg einen großen Sieg davongetragen, seine eigene Volksregierung gebildet und die Volksrepublik gegründet hat, ist die Sowjetunion als erste mit der Erklärung hervorgetreten, daß sie mit der Volksrepublik China diplomatische Beziehungen aufnimmt. Wir Chinesen schätzen das herzliche Verhältnis des Sowjetvolks zum chinesischen Volke hoch ein.“

Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Bulgariens, Rumäniens, der Demokratischen Volksrepublik Korea und der Mongolischen Volksrepublik haben ebenfalls die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China beschlossen.

Die Schaffung der Zentralregierung der Volksrepublik China, die Herstellung diplomatischer Beziehungen der Sowjetunion zu ihr, aber auch der Druck weiter demokratischer und geschäftlich interessierter Kreise, die auf der Anerkennung der neuen chinesischen Regierung bestehen, haben unter den regierenden Kreisen der kapitalistischen Länder Verwirrung und Ratlosigkeit hervorgerufen.

Das neue China anzuerkennen bedeutet für sie mehr, als den Bankrott ihrer eigenen Interventionspolitik zu bescheinigen. Es bedeutet auch, die internationale Autorität des erneuerten China anzuerkennen, das Recht seiner bevollmächtigten Vertreter auf Teilnahme an den Entscheidungen über internationale Probleme anzuerkennen.

In den gegenwärtig stattfindenden Beratungen und Sachverständigenkonferenzen von Repräsentanten der am Nordatlantikblock beteiligten Staaten und anderer Länder suchen die amerikanischen Vertreter unter dem Schein der Ausarbeitung vereinbarter Beschlüsse ihren „Juniorpartnern“ abenteuerliche Pläne aufzudrängen, die auf eine Wirtschaftsblockade gegen das chinesische Volk, auf die Schaffung eines pazifischen „antikommunistischen Blocks“ und andere Rettungsaktionen für die Überreste des Kuomintangregimes, auf die Untergrabung der Volksrepublik China hinauslaufen.

Doch diese Machenschaften der Feinde des chinesischen Volkes können ihr Ziel nicht erreichen.

Das hunderte Millionen Menschen zählende China ist nach seinem unwiderruflichen Eintritt in das von der Sowjetunion geführte große Lager des Friedens und der Demokratie von der Entschlossenheit beseelt, die vor ihm stehenden historischen Aufgaben zu verwirklichen: die Revolution zu Ende zu führen, die letzten Herde des reaktionären Kuomintangregimes zu liquidieren, für immer das imperialistische Joch abzuschütteln.

Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Es gibt keine Macht in der Welt, die das chinesische Volk hindern könnte, den Endsieg zu erkämpfen und sein blühendes, starkes, unabhängiges Staatswesen aufzubauen.

Die Völker der Sowjetunion und die gesamte fortschrittliche Weltöffentlichkeit beglückwünschen das chinesische Volk zu seinem Sieg, begrüßen mit herzlichen Gefühlen seinen Eintritt in das Lager des Friedens und der Demokratie und wünschen ihm vollen Erfolg bei der Erfüllung seiner wichtigen historischen Mission.

Ein Wendepunkt in Deutschlands Nachkriegsentwicklung

IN DEUTSCHLAND sind Ereignisse von historischer Bedeutung im Gange. Am 7. Oktober wurde in Berlin auf einer Tagung des Deutschen Volksrats die Deutsche Demokratische Republik proklamiert. Der Deutsche Volksrat, geschaffen vom Volkskongreß, der seinerseits von der Bevölkerung durch die allgemeinen Wahlen vom 15.—16. Mai 1949 gewählt wurde, ist jetzt in eine provisorische Volkskammer umgewandelt worden. Die Verfassung, die unter Beteiligung des ganzen deutschen Volks geschaffen, vom Deutschen Volksrat angenommen und vom Deutschen Volkskongreß bestätigt worden war, ist jetzt in Kraft getreten. Es wurde eine Provisorische Regierung geschaffen und der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik gewählt.

Zur richtigen Einschätzung der historischen Bedeutung dieser Beschlüsse ist es notwendig, sich, wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, den Entwicklungsgang Deutschlands in der Nachkriegszeit zu vergegenwärtigen. Von den vier Großmächten, die das historische Potsdamer Abkommen beschlossen haben, in dem eine Politik der Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie dessen Wiederherstellung als einheitlicher friedliebender demokratischer Staat vorgesehen ist, hat nur die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone die in diesem Dokument proklamierten Grundsätze folgerichtig verwirklicht. Die drei Westmächte — die USA, England und Frankreich — nahmen Kurs auf Hintertreibung der Potsdamer Beschlüsse. Sie vereitelten in den westlichen Besatzungszonen systematisch sämtliche Forderungen des Potsdamer Abkommens und betrieben eine Politik der Spaltung des Landes sowie der Losreißung seines Westteils vom übrigen Deutschland, eine Politik der Wiederbelebung der deutschen Monopole, der Begünstigung des Faschismus und Revanchismus.

Die Westmächte verstießen gegen ihre Verpflichtungen zur Vorbereitung des Friedensvertrags mit Deutschland. Sie betraten den rechtswidrigen Weg der Beibehaltung der Besetzung auf unbestimmt lange Zeit. Hierdurch verletzten sie das Recht des deutschen Volks auf Wiederherstellung seiner nationalen Souveränität und schufen in Europa einen Zustand der Unsicherheit und der Unruhe.

Eine solche Einstellung der Westmächte zur deutschen Frage hängt mit dem allgemeinen

aggressiven Kurs der Nachkriegspolitik des englisch-amerikanischen Imperialismus direkt zusammen. Die amerikanischen Pläne zur Errichtung der Weltherrschaft und zur Entfesselung eines neuen Kriegs gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie weisen Deutschland die für sein Volk verderbliche Rolle eines Lieferanten von Kanonenfutter und eines Aufmarschgebiets zu, das neuen Kriegsabenteuern dienen soll.

Im Einklang mit den aggressiven Absichten der regierenden Kreise der USA und Englands wurde die Bevölkerung des Westteils Deutschlands in Verhältnisse grausamer kolonialer Unterdrückung und Rechtlosigkeit versetzt. Die englisch-amerikanischen Imperialisten haben das deutsche Volk seiner nationalen Rechte beraubt und betreiben eine Politik der Knechtung Westdeutschlands. In den Westzonen werden die erprobten Methoden kolonialer Unterjochung angewandt, darunter das alte Prinzip der Imperialisten: „Trenne und herrsche!“ Zu diesem Zweck werden die verkrachten Losungen des Föderalismus und Partikularismus dem deutschen Volk nach Kräften aufgehalst, historisch entstandene Bande gewaltsam zerrissen, der eine Bevölkerungsteil gegen den anderen aufgebracht. So lebenswichtige Industriezentren wie das Ruhrgebiet sind vom deutschen Staat faktisch abgetrennt. Im Interesse der amerikanischen, der englischen und der französischen Monopole wird die deutsche Friedenswirtschaft zerstört und das deutsche Volk in schwere Schulden verstrickt, die schon eine Riesensumme — rund 5 Milliarden Dollar — erreichen.

Die von den Westmächten betriebene Politik der Spaltung Deutschlands wurde durch die Proklamation des westdeutschen Marionetten„staats“ vollendet. Mittels einer Handvoll diensteifriger reaktionärer Politiker, die ebenso wie ihre Brotherren die Geburt eines demokratischen Deutschland fürchten, schusterten die englisch-amerikanischen Behörden in Bonn eine Separatregierung zusammen. Trotz der offensichtlichen Unhaltbarkeit der Versuche, diesem Pseudostaatsgebilde den Anstrich einer Volksvertretung zu geben, hat bereits dessen bloßes Auftauchen eine neue Lage in Deutschland geschaffen. Dieser Umstand wurde in der bekannten Note der Sowjetregierung zur deutschen Frage vom 1. Oktober 1949 besonders betont.

Die Schaffung der Bonner Regierung zeigte, daß die Westmächte dem deutschen Volk seine souveränen Rechte nicht zurückerstatten wollen. Hiervon zeugt das Inkrafttreten des berühmten „Besatzungsstatuts“ sowie die augenfällige Tatsache, daß wirklicher Herr in Westdeutschland selbstverständlich nicht die Marionettenregierung Adenauer, sondern das sogenannte Kabinett McCloy ist: das Kabinett des Hohen Kommissars der USA in Trizonien.

Die in Deutschland durch die Politik der Westmächte geschaffene Lage wurde in dem Manifest der Nationalen Front des demokratischen Deutschland als nationaler Notstand gekennzeichnet.

Die amerikanischen und die englischen Imperialisten rechneten darauf, daß sich in einem von ihnen gespaltenen und zerstückelten Deutschland keine Kräfte finden würden, die ihrer unheilvollen Politik entgegenzutreten vermöchten. Sie begingen einen für Imperialisten typischen Fehler: sie zogen das deutsche Volk nicht in Rechnung. Die Westmächte berücksichtigten nicht, daß die Lehren der hitlerfaschistischen Aggressionspolitik, die Deutschland in die Katastrophe geführt hatte, und die bitteren Folgen ihrer eigenen Besatzungspolitik an den Volksmassen Deutschlands nicht spurlos vorübergehen würden.

Schon im Juli 1946 stellte W. M. Molotow auf der Pariser Tagung des Außenministerrats fest, daß „in Deutschland ernsthafte demokratische Kräfte zum Vorschein gekommen sind, die bereits mit einem gewissen Erfolg an der demokratischen Wiedergeburt Deutschlands arbeiten“. Die Tätigkeit der deutschen demokratischen Organisationen hat ihre Früchte gezeitigt. In den historischen Beschlüssen der Tagung des Deutschen Volksrats zeigte sich die Reife des Lagers der jungen deutschen Demokratie.

Die Proklamierung der Deutschen Demokratischen Republik bedeutet, daß das deutsche Volk nicht die Absicht hegt, sich fernerhin mit der verbrecherischen Politik der Westmächte abzufinden, die seine Souveränität und Unabhängigkeit vernichtet und seine nationale Existenz gefährdet. Die Nationale Front, in deren Zeichen die Deutsche Demokratische Republik entstanden ist, hat in ihrem Programm folgende Grundforderungen erhoben:

Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands durch Beseitigung des westdeutschen Separatstaats, Abschaffung des Ruhrstatuts und der Autonomie des Saargebiets, sowie durch Bildung einer gesamtdeutschen Regierung;

schnellster Abschluß eines gerechten Friedensvertrags mit Deutschland auf der Grundlage unbedingter Anerkennung der Potsdamer Beschlüsse

über Deutschlands Demokratisierung und Entmilitarisierung sowie seiner Verpflichtungen gegenüber anderen Völkern;

Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland innerhalb einer festzusetzenden kurzen Frist nach Unterzeichnung des Friedensvertrags;

Wiederherstellung der vollständigen Souveränität der deutschen Nation unter Anerkennung des Rechts auf selbständige Außenpolitik und auf selbständigen Außenhandel.

In vollem Einklang mit den Potsdamer Beschlüssen hat die Nationale Front des demokratischen Deutschland ihre feste Entschlossenheit bekundet, für den Frieden, gegen die Hineinzerrung Deutschlands in aggressive Militärblocks und gegen die Brandstiftung eines neuen Krieges zu kämpfen. Vorgesehen sind konkrete Maßnahmen zum planmäßigen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, zur Schaffung demokratischer Ordnung und Gesetzlichkeit im Lande, zum Schutz der Rechte der deutschen Staatsbürger, zur Entwicklung der Kultur, der Wissenschaft und der Kunst, die in den Dienst des Volkes gestellt sind.

Welchen Kontrast bilden dies Dokument und diese Beschlüsse zu jenem Spiel „Große Politik“, das die politischen Zwerge in Bonn unter den Fittichen der englisch-amerikanischen Behörden vom ersten Tag an trieben! Dort herrscht zügellose Demagogie bei völligem Fehlen wirklicher Macht. Hier: ein klares und genaues Aktionsprogramm, vorgezeichnet durch die Interessen des ganzen deutschen Volks und gestützt auf dessen schöpferische Kräfte. Dort: Schürung faschistischer und revanchistischer Stimmungen, bössartige, obwohl ohnmächtige, Drohungen wider andere Völker. Hier: die feste Entschlossenheit, alles an die Umwandlung Deutschlands in einen friedliebenden demokratischen Staat zu setzen, der würdig wäre, in internationalen Angelegenheiten wieder den gebührenden Platz einzunehmen.

Die Tatsache, daß die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich auf die Potsdamer Beschlüsse stützt und die Losungen des Friedens, der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit proklamiert, verleiht ihr Kraft und Ansehen nicht nur in den Augen des deutschen Volks, sondern auch in den Augen der demokratischen Öffentlichkeit der anderen Länder.

Mit der Proklamierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Kampf für ein einheitliches und demokratisches Deutschland in eine neue Phase getreten. Natürlich wird das deutsche Volk nicht wenig Kraft aufwenden müssen, um diesen Kampf zu Ende zu führen. Naiv wäre die Annahme, daß die Westmächte ihre gefährlichen

Intrigen gegen die Sache des Friedens einstellen werden, daß sie aufhören werden, der demokratischen Umgestaltung Deutschlands Hindernisse in den Weg zu legen. Aber jetzt sind die fortschrittlichen Kräfte des Landes um die Deutsche Demokratische Republik geschart und mit einem kämpferischen Aktionsprogramm — dem Programm der Nationalen Front — gewappnet. Die deutsche Provisorische Regierung ist ein machtvoller Faktor im Kampfe für die demokratische Einheit und die nationale Unabhängigkeit Deutschlands, für dauerhaften Frieden in Europa.

Die Sowjetöffentlichkeit begrüßt die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik, die berufen ist, die Aufgaben der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines demokratischen und

friedliebenden Staats im Einklang mit dem Potsdamer Viermächteabkommen zu lösen. In der Ostzone Deutschlands setzte und setzt die Sowjetregierung die historischen Potsdamer Beschlüsse, die sie auf der internationalen Arena standhaft vertritt, stets konsequent in die Tat um. Immer anerkannte und anerkennt sie das Recht des deutschen Volks auf selbständige Existenz im Rahmen eines einheitlichen demokratischen Staats.

Der Kampf der deutschen Demokraten für die Umwandlung Deutschlands aus einem Unruheherd in ein friedliebendes demokratisches Land ist der Unterstützung und der Hilfe des gesamten antiimperialistischen und demokratischen Lagers gewiß, dessen Kräfte und dessen Ansehen unentwegt wachsen.

Zwei Linien der wirtschaftlichen Entwicklung

A. LEONTJEW

IN DEM ARTIKEL „Der Zusammenbruch des Mythos vom wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas“ („Neue Zeit“ Nr. 37) wurde nachgewiesen, daß sich das offiziell proklamierte Ziel des Marshallplans als gewissenloser Betrug entpuppt hat. Die USA-Monopole und ihre westeuropäischen Ladenschwengel waren sich jedoch von Anfang an sehr wohl darüber im klaren, daß der Marshallplan am wenigsten zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas führen sollte. Das Fiasko dieses Wiederaufbaus an und für sich hätte die genannten Kreise nicht besonders beunruhigt. Was sie alarmiert, ist etwas anderes. Die Sache ist die, daß sich nicht nur das Fiasko des offiziellen Marshallprogramms, sondern auch der Zusammenbruch seiner wirklichen, obwohl sorgfältig getarnten, Ziele immer deutlicher abhebt.

Bekanntlich war der Marshallplan von Anfang an als ein Mittel zur Verwirklichung der hirnverbrannten Weltherrschaftspläne des USA-Finanzkapitals gedacht. Um dieses Hauptziel zu erreichen, legten die Strategen des Marshallplans eine Politik fest, die gewährleisten sollte:

1. Export von Krise und Arbeitslosigkeit aus den USA, d. h. Behebung der inneren Gegensätze des USA-Kapitalismus durch wirtschaftliche und politische Unterjochung der westeuropäischen Länder;

2. Unterminierung der wirtschaftlichen Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Sowjetunion sowie der Länder der Volksdemokratie;

3. Zusammenschluß des von der amerikanischen Plutokratie geführten Lagers des Imperialismus und der Reaktion in der internationalen Arena, um die fortschrittlichen Kräfte der Gegenwart zu zerschlagen und gewaltsam die Weltherrschaft des USA-Imperialismus aufzurichten.

Wie ist es um die Erreichung dieser wahren Ziele des Marshallplans bestellt?

Wenden wir uns, um diese Frage zu beantworten, wiederum den Tatsachen zu.

1. Das Hauptland des Kapitalismus in der Schlinge der Wirtschaftskrise

Die Urheber des Marshallplans versprochen dem Publikum in den USA, dieser Plan würde die Vereinigten Staaten mit Absatzmärkten für Waren und mit Investitionssphären für Kapitalien versorgen. Besonders populär war unter den gelehrten Hausdienern der Wall Street die Theorie des „Exports der Krise“ und des „Exports der Arbeitslosigkeit“. Sie nahmen an, Krise und Arbeitslosigkeit könnten in andere Länder exportiert werden, gleich jeglichen anderen Waren.

Diese von äußerster Ignoranz und privateigen-tümlichem Egoismus hervorgebrachten Theorien haben keiner Probe standgehalten. Krise und Arbeitslosigkeit erwiesen sich als recht heimtückische Ausfuhrartikel: anstatt in den USA bei ihrem Export abzunehmen, verstärken sie sich noch. Der Marshallplan hat die Länder Westeuropas in knechtende Abhängigkeit von der Wall Street gebracht und somit die schweren Gebrechen der USA-Wirtschaft noch schneller über den Atlantik geschleppt. Den USA-Monopolen hat der Marshallplan besonders fette Profite verschafft. Gleichzeitig aber hat er nicht nur die inneren Gegensätze des amerikanischen Kapitalismus keineswegs gelöst, sondern zweifellos zu einer weiteren raschen Verschlechterung der Wirtschaftslage in den USA beigetragen.

Seit Ende 1948 hat sich in der USA-Wirtschaft unverkennbar eine Wendung zur Krise vollzogen.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise in den USA wurzeln im Wesen des Kapitalismus selber, besonders im Wesen des modernen Monopolkapitalismus. Das Sinken des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerungsmassen bei unverhältnismäßig aufgeblähten Profiten der Monopole ist gleichbedeutend mit einer verhängnisvollen Schrumpfung des Binnenmarkts. Die Urheber des Marshallplans hatten darauf gerechnet, diese Binnenmarktschrumpfung durch Inbesitznahme von Außenmärkten auf Kosten schwächerer Konkurrenten wettmachen zu können. Aber auch die Hoffnungen auf Außenmärkte haben sich nicht gerechtfertigt.

Nach Angaben eines Berichts des UNO-Sekretariats über die Weltwirtschaftslage ist die Industrieproduktion der USA 1948 gegenüber 1947 um nur 3 Prozent gestiegen, im ersten Kalenderviertel 1949 jedoch um 5 Prozent gesunken, wobei dieses Absinken im Maschinenbau 9 Prozent ausmachte.

Im zweiten Kalenderviertel 1949 hat sich die rückläufige Entwicklung der Produktion in den USA verstärkt. Der vom Federal Reserve Board veröffentlichte Index der Industrieproduktion belief sich im Juli dieses Jahres auf 162 gegenüber 169 im Juni, 174 im Mai und 195 im November vorigen Jahres.

Somit lag die Industrieproduktion im Juli um 17 Prozent unter dem Stand vom November 1948 und auf dem niedrigsten Niveau seit Mai 1946. Die geeichten Optimisten aus den Washingtoner Kanzleien versuchten, den saisonbedingten unbedeutenden Anstieg des Index im August, der sich nur auf wenige Punkte belief und durch den der Stand vom Juni kaum erreicht wurde, als einen Hoffnungsstrahl auszugeben. Die USA-Zeitungen machten mit riesigen Schlagzeilen für den letzten

Vierteljahrsbericht des Wirtschaftsbeirats beim USA-Präsidenten Reklame, einen Bericht, der unter Berufung auf den Augustindex das Ende der „Wirtschaftsflaute“ verkündete. Die Geschichte der Krise 1929—1933 zeigt jedoch, daß unwesentliche saisonbedingte Abweichungen nach oben oder unten das düstere Gesamtbild nicht im geringsten ändern. Die tiefwurzelnden Ursachen, aus denen die Krise erwächst, können durch kurzatmige Saisonfaktoren nicht behoben werden.

Schon die ersten Angaben über den September machten diese optimistischen Schätzungen zunichte. Im September erfolgte ein Produktionsrückgang in der Stahl- und Kohlenindustrie sowie eine Verminderung der Erdölgewinnung. In einer Woche, vom 18. bis 24. September, ist der Güterumschlag der Eisenbahnen, der die allgemeine Wirtschaftslage des Landes kennzeichnet, um 11 Prozent gegenüber der Vorwoche und um 27,2 Prozent gegenüber der entsprechenden Woche des Vorjahrs zurückgegangen. Einige Wirtschaftsfachleute, die in Diensten der Monopole stehen, prophezeien, daß der Index der Industrieproduktion im Dezember oder Anfang 1950 bis auf 150 absinken werde, was einem Rückgang des Produktionsstands um mehr als 23 Prozent gegenüber dem Herbst 1948 gleichkäme.

Die Handlanger der Monopole aus den reaktionären Spitzencliquen der AFL und des CIO versprachen den amerikanischen Arbeitern, der Marshallplan werde ihnen Arbeit schaffen. Dies Versprechen erwies sich als fauler Zauber.

Weit davon entfernt, dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit Einhalt zugeben, hat der Marshallplan dieses Ansteigen im Gegenteil noch beschleunigt. Zu den wichtigsten Artikeln des USA-Exports gehören z. B. Betriebseinrichtungen. Durch den Marshallplan wurde dieser Export jedoch fast vollständig lahmgelegt, denn die USA-Monopole begannen eine Politik, die im Verbot des Handels mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie bestand, wie sie auch begannen, den westeuropäischen Ländern aus Furcht vor einer Wiederbelebung der Konkurrenz von dieser Seite Betriebseinrichtungen zu verweigern. Nach Angaben der amerikanischen Gewerkschaftszeitung „March of Labor“ kamen bei einer Gesamtexportsumme von rund 2 Milliarden Dollar im Rahmen des Marshallplans Ende 1948 nur 60 Millionen oder 3 Prozent auf Betriebseinrichtungen. Von April 1948 bis April 1949 wurden allein in der elektrotechnischen Industrie und im Maschinenbau 200 000 Arbeiter entlassen.

Unlängst stellte die fortschrittliche amerikanische Wochenschrift „National Guardian“ mit Bitternis fest:

„Das amerikanische Handelsembargo gegen Rußland, Osteuropa und das neue China kostet die amerikanischen Arbeiter 3 Millionen Arbeitsplätze, was durch Wiederaufnahme des Ost-West-Handels verhütet werden könnte.“

Die Arbeitslosigkeit wird in den USA zu einem immer bedrohlicheren Problem. Im ersten Jahresviertel 1949 stieg sie im Vergleich mit dem letzten Jahresviertel 1948 um rund 70 Prozent. Die Zahl der Vollarbeitslosen hat 6 Millionen erreicht, die der Kurzarbeiter 12 Millionen übertrafen. Kennzeichnend ist die Tatsache, daß selbst der reaktionäre republikanische Senator George W. Malone (vom Staat Nevada) in einer Rede, die er im September im Senat hielt, die Zahl der Arbeitslosen auf 6 Millionen, unter Hinzurechnung der Kurzarbeiter aber auf 16 Millionen veranschlagte. Der Nationalausschuß der Progressiven Partei der USA sagte voraus, daß es im Winter in den USA 10 Millionen Vollarbeitslose geben werde.

Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit und die Herabsetzung der Löhne bedeuten ein ständiges Absinken des Lebensstandards der Arbeiterklasse. Bald in diesem, bald in jenem Industriezweig kommt es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Unternehmern. In der ersten Septemberhälfte berichtete die Presse von Industriekonflikten, die mehr als 3 Millionen Arbeiter betrafen. Trotz aller Bemühungen der Regierung und der reaktionären Spitzencliquen der AFL und des CIO werden die sozialen Konflikte immer heftiger und unversöhnlicher.

Die Verteidiger des Marshallplans hatten den amerikanischen Farmern den ungehinderten Absatz ihrer Erzeugnisse auf den westeuropäischen Märkten versprochen. Was geschah aber in Wirklichkeit?

Das USA-Landwirtschaftsministerium veröffentlichte Ende Juli im Zusammenhang mit zahlreichen Anfragen, wie sich die Dollarkrise in England auf die Landwirtschaft der USA auswirken werde, eine Erklärung. In ihr wird konstatiert, daß in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg ein Drittel des USA-Exports an landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf England entfiel und daß dieser Anteil während des Krieges auf 45 Prozent stieg; gleichzeitig wird zugegeben, daß die englischen Maßnahmen zur Einschränkung von Ankäufen in der Dollarzone dem Absatz amerikanischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse einen schweren Schlag versetzen.

Diese Situation führt zu den wildesten Folgen. Die dänische Zeitung „Berlingske Tidende“ berichtet z. B., die USA hätten die Absicht, die marshallisierten Länder zum zwangsweisen Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu veranlassen.

Infolgedessen würde Dänemark, das darauf gerechnet hatte, Fleisch- und Milchprodukte nach Übersee ausführen zu können, nicht nur keine Erlaubnis für die Lieferung solcher Erzeugnisse in die USA erhalten, sondern noch selbst genötigt sein, gleichartige Erzeugnisse von dort einzuführen.

Besonders anschaulich äußert sich die Verfehltheit jener Berechnungen des Marshallplans, die sich auf die Außenhandelsexpansion der USA beziehen. Trotz Stützung durch den Marshallplan ist die Ausfuhr der USA 1948 im Vergleich mit dem Vorjahr dem Wertvolumen nach um 18 Prozent, der Warenmenge nach um 23 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der USA am Weltexport ist 1948 von 26 Prozent im ersten auf 21 Prozent im letzten Kalenderviertel gesunken.

Das laufende Jahr hat einen weiteren Rückgang des USA-Außenhandels gebracht. Nach Angaben des Handelsministeriums belief sich der Export im Juli 1949 auf 896,6 Millionen Dollar gegen 1 104 200 000 Dollar im Juni dieses Jahres und 1 022 300 000 Dollar im Juli 1948. Die Ausfuhr lag im Juli 1949 ungefähr 18 Prozent unter dem Durchschnittsniveau der Ausfuhr in den ersten 6 Monaten dieses Jahres. Am stärksten ging die Ausfuhr von Baumwolle, Betriebseinrichtungen und Verkehrsmitteln zurück. Es ist besonders kennzeichnend, daß der Export der USA in die Teilnehmerländer des Marshallplans nach Angaben des Statistischen Amtes im Juli auf 279,8 Millionen Dollar gefallen ist, während er im Juni 406,7 Millionen Dollar ausmachte.

Ein nicht minder trostloses Bild bietet der USA-Import. Im Juli belief sich die Einfuhr der USA nach den Angaben des Handelsministeriums auf 455,5 Millionen Dollar gegen 526,7 Millionen Dollar im Juni dieses Jahres und 558,5 Millionen Dollar im Juli 1948. Im Juli 1949 lag die Einfuhr um etwa 19 Prozent unter dem monatlichen Durchschnittsstand des Imports im ersten Halbjahr 1949. Besonders kennzeichnend ist es, daß sich der Gesamtumfang des Imports aus den Teilnehmerländern des Marshallplans nach Angaben des Statistischen Amtes im Juli auf 57,6 Millionen Dollar belief, während er im Juni 65,7 Millionen Dollar ausgemacht hatte. Der monatliche Durchschnittsimport aus diesen Ländern betrug im ersten Halbjahr 1949 82,3 Millionen Dollar, während er sich 1948 auf 91,4 Millionen Dollar belaufen hatte.

Die amerikanische Außenhandelskrise verschärft sich angesichts des immer heftiger werdenden Kampfs um die Märkte in der kapitalistischen Welt. Das jähe Absinken des Exports hat im regierenden Lager der USA nicht nur Alarmstimmungen hervorgerufen, sondern führt

auch zu einer Zuspitzung der inneren Gegensätze dieses Lagers. Das Gebälge zwischen den ihre Expansion auf dem Weltmarkt betreibenden Monopolen und den vorwiegend auf den Binnenmarkt angewiesenen Branchen tritt wie stets unter derartigen Umständen schärfer in Erscheinung. Nach amerikanischen Traditionen werden die Interessen der letztgenannten Branchen von den Republikanern vertreten. Anschaulich trat diese Balgerei im Senat zutage, als die Prolongierung des Gesetzes über die sogenannten wechselseitigen Handelsabkommen zur Debatte stand. Die Prolongierung durch den Senat erfolgte am 15. September, nach erbitterten Diskussionen, bei denen Hauptmacher der Republikaner wie Taft, Vandenberg, Malone, Millikin und andere die Trumanregierung beschuldigten, sie brächte der Aufgabe der Exportsicherung den Schutz des Binnenmarkts vor dem Eindringen ausländischer Waren zum Opfer. Für einen von den Republikanern eingebrachten Zusatzantrag stimmten 35 Republikaner und 3 Demokraten, er wurde mit den Stimmen von 43 demokratischen Senatoren abgelehnt. Der Senatsbeschluß bedeutet, daß die Trumanregierung noch unverfrorener nach Vernichtung jeglicher in anderen Ländern gegen die Einfuhr von USA-Waren errichteter Schranken trachten wird.

Aber weder die Prolongierung des Gesetzes über wechselseitige Handelsabkommen noch die auf einen Wink aus Washington hin in so panischer Eile vorgenommene Abwertung des Pfundes Sterling und weiterer zweier Dutzender Währungen von Ländern Europas, Asiens, Afrikas und Australiens können die wirtschaftlichen Aussichten des USA-Kapitalismus verbessern. Es ist kennzeichnend, daß die New Yorker Börse auf die Abwertungsepidemie mit einem jähen Sturz des Aktienkurses amerikanischer Wertpapiere reagierte. Die wirtschaftlichen Quacksalber aus Washington sind nicht imstande, die tiefliegenden Wurzeln der Gebrechen des amerikanischen Kapitalismus zu beseitigen. Seine schwärenden Eiterwunden liegen vor der ganzen Welt in ihrer ekelhaften Blöße da.

2. Der mächtige wirtschaftliche Aufschwung in der Sowjetunion und die wirtschaftlichen Erfolge der Länder der Volksdemokratie

Die USA-Monopole hatten darauf gerechnet, den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie durch Verweigerung von Krediten zu normalen Handelsbedingungen sowie durch die einer Wirtschaftsblockade gleichkommende Handels-

diskriminierung der Länder, die mit dem Lager des Imperialismus gebrochen haben, untergraben zu können.

Aber dieses Vorhaben der USA-Monopole ist kläglich gescheitert.

Unter Auswertung der entscheidenden Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems hat die Sowjetunion die tiefen Wunden, die der zweite Weltkrieg und das Hausen der faschistischen deutschen Okkupanten auf einem bedeutenden Teil des Territoriums der Sowjetunion hinterlassen hatten, in beispiellos raschem Tempo geheilt. Das Sowjetvolk hat bei der Ausföhrung jenes großartigen Programms des friedlichen Wirtschaftsaufbaus, das Genosse J. W. Stalin in seiner historischen Rede vom 9. Februar 1946 vorgezeichnet hat, hervorragende Erfolge erzielt. Genosse W. M. Molotow konnte schon in seinem Bericht zur Dreißigjahrfeier der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution mitteilen, daß die Bruttoproduktion der sowjetischen Großindustrie im Oktober 1947 den Durchschnittsstand des Jahres 1940, d. h. den Vorkriegsstand, erreicht hatte. Im Jahre 1948 übertraf die Bruttoproduktion der Industrie der Sowjetunion den Stand des Vorkriegsjahres 1940 um 18 Prozent. Das erste Halbjahr 1949 zeitigte ein weiteres rasches Anwachsen der sowjetischen Wirtschaft, und im Juni 1949 übertraf die Bruttoproduktion der Industrie im Tagesdurchschnitt den Durchschnittsstand von 1940 bereits um 41 Prozent. Anders gesagt, die Sowjetindustrie lieferte bereits Mitte 1949 um zwei Fünftel mehr Erzeugnisse, als es beim höchsten, vor dem Krieg erzielten Stand der Fall war.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die sowjetische Großindustrie 1940 das 11,7fache der Industrieproduktion des vorrevolutionären Rußlands erreicht hatte. Daraus ergibt sich, daß die Sowjetindustrie Mitte 1949 einen Produktionsstand hatte, der ungefähr das 16,5fache des Standes von 1913 ausmachte. Erinnern wir vergleichsweise daran, daß die Industrieproduktion in westeuropäischen Ländern wie England und Frankreich schon dreieinhalb Jahrzehnte lang im großen und ganzen nicht über den Stand von 1913 hinauskommt und in den Vereinigten Staaten nur auf ungefähr das Doppelte jenes Standes gekommen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sowjetunion fast den vierten Teil der Zeit ihres Bestehens davon in Anspruch genommen war, bewaffnete Überfälle gefährlicher und starker Feinde zurückzuschlagen, während die USA ein Land sind, dessen Territorium im Laufe dieser ganzen Zeit niemals von einem feindlichen Soldaten betreten wurde und das sich an beiden Weltkriegen kolossal bereicherte.

Im zweiten Kalenderviertel von 1949 übertraf die Bruttoproduktion der gesamten Industrie der

Sowjetunion den Stand des entsprechenden Kalenderviertels des Vorjahrs, des Jahres 1948, um 20 Prozent. Mit andern Worten: die Sowjetindustrie hat ihre Produktion im Laufe eines Jahres um ein Fünftel erweitert! Und diese Erweiterung fiel in dasselbe Jahr, das allen kapitalistischen Ländern einen bedeutenden Rückgang der Industrieproduktion brachte!

Die amerikanischen Pfeffersäcke hegten den hirnverbrannten Glauben, die Sowjetunion wäre ohne ihre knechtende „Hilfe“ nicht imstande, den Nachkriegsfünfjahrplan zu erfüllen. Die Wirklichkeit hat jedoch gezeigt, daß die kühnen Aufgaben, die der Nachkriegsfünfjahrplan vorsieht, vom Sowjetvolk nicht nur erfolgreich gelöst, sondern auch bedeutend überboten werden.

Die von den vorgeschrittenen Betrieben des Landes ausgegebene Parole „Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren“ ist von Millionen Menschen aufgegriffen worden. Der Kampf um die vorfristige Erfüllung der für das Jahr fünf vorgesehenen Planaufgaben erweckt bei den Erbauern des Kommunismus neue Energie und neue Initiative.

Das sozialistische System gewährleistet nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft einen raschen Aufschwung. Genosse W. M. Molotow sagte bei der Kennzeichnung des von der Landwirtschaft der Sowjetunion zurückgelegten Weges in seinem Bericht zur Dreißigjahrfeier der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution:

„Unsere Landwirtschaft erstarkte von Jahr zu Jahr, genährt durch die lebenspendende Kraft der kollektivwirtschaftlichen Arbeit. Hätte es keinen Krieg gegeben, der viele der besten landwirtschaftlichen Bezirke verwüstete, so wären wir bereits heute mit allem Notwendigen weitaus besser versorgt, als irgendein Land in Europa, und nicht nur in Europa.“

Die Landwirtschaft der Sowjetunion hat die vom Krieg geschlagenen tiefen Wunden außerordentlich rasch geheilt. Schon im Jahre 1948 erreichte der Gesamtertrag der Getreidesorten fast den Stand des Vorkriegsjahres 1940, der durchschnittliche Hektarertrag der Getreidesorten aber übertraf den Vorkriegsstand. Die Viehzucht wächst rasch. Vom 1. Juli 1948 bis 1. Juli 1949 ist der Rinderbestand in den Kolchosen um 20 Prozent, die Stückzahl der Schweine um 79 Prozent und die der Schafe und Ziegen um 11 Prozent gestiegen.

Mit gewaltiger Begeisterung begrüßte die Kolchosbauernschaft den großartigen Stalinschen Plan zur Umbildung der Natur in den Steppen- und Waldsteppengebieten des Landes, einen Plan,

der den Weg zu einem noch rascheren Wachstum der sozialistischen Landwirtschaft erschließt. Die Planaufgaben für die Anlegung feldschützender Waldpflanzungen werden überboten.

Eine der großartigsten Besonderheiten des Sozialismus besteht darin, daß er nicht nur den ununterbrochenen Aufstieg der Produktion, sondern auch eine systematische Hebung des materiellen Wohlstands der Werktätigen gewährleistet. Stetige Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung ist ein unerschütterliches Gesetz des Sozialismus. Mit der Erweiterung der Produktion wächst die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse. Die Arbeitsproduktivität steigt, die Preise für Massenbedarfsartikel sinken. Die Realeinkünfte der Werktätigen wachsen ebenso wie die Kaufkraft der Bevölkerung. Unter diesen Umständen sind Erscheinungen wie Krisen und Arbeitslosigkeit völlig ausgeschlossen.

Im Jahre 1948 ist der Reallohn der Arbeiter und Angestellten der Sowjetunion im Vergleich mit dem Jahre 1947 auf mehr als das Doppelte gestiegen. Die letzte Herabsetzung der staatlichen Kleinhandelspreise vom 1. März 1949 bezeichnet eine neue wichtige Phase in der weiteren Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung des Sowjetlandes. Im zweiten Kalenderviertel 1949 stieg der Kleinhandelsumsatz im staatlichen und genossenschaftlichen Handelssystem (in vergleichbaren Preisen) gegenüber dem zweiten Kalenderviertel des Vorjahres um 19 Prozent, wobei der Bevölkerung um 51 Prozent mehr Fleischprodukte, um 17 Prozent mehr Zucker und um 40 Prozent mehr Süßwaren verkauft wurden.

Die hervorragenden Erfolge der Sowjetökonomik haben eine gewaltige Bedeutung. Sie bekräftigen erneut vor der ganzen Welt die große Wahrheit der Stalinschen Worte, daß

„das kapitalistische Wirtschaftssystem unhaltbar und nicht stabil ist, daß es sich überlebt hat und einem anderen, einem höheren, dem sowjetischen, sozialistischen Wirtschaftssystem Platz machen muß, daß das einzige Wirtschaftssystem, das keine Krisen fürchtet und fähig ist, die für den Kapitalismus unlösbaren Schwierigkeiten zu überwinden, das sowjetische Wirtschaftssystem ist“.

Die Länder der Volksdemokratie, die mit dem Lager des Imperialismus gebrochen und den Weg des Kampfes für den Sozialismus betreten haben, folgen der Sowjetunion auf der Bahn des raschen wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des Aufblühens. In Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Albanien, in all diesen Ländern vollzieht sich, trotz des Unterschieds in ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau, ein

rascher Aufschwung der Industrie und der Landwirtschaft, begleitet von der Hebung des Lebensstandards breiter Massen der werktätigen Bevölkerung.

Die amerikanischen Wucherer waren überzeugt davon, daß die früher wirtschaftlich schwachen und in Netze knechtender Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten verstrickten Länder Mittel- und Südosteuropas nicht imstande sein würden, nach dem verheerenden Krieg wieder auf die Beine zu kommen. Die Shylocks aus Übersee lebten schon im Vorgeschmack des Moments, da diese Länder genötigt sein würden, demütig vor sie hinzutreten. Sie haben sich schwer verrechnet!

Sie haben das Wichtigste, das Ausschlaggebende nicht berücksichtigt: die Rolle der Sowjetunion. Von den ersten Tagen ihrer Befreiung an genossen die Länder der Volksdemokratie die mächtige Unterstützung ihres großen Freundes. Dank der uneigennütigen brüderlichen Hilfe der Sowjetunion und der erfolgreichen gemeinsamen Zusammenarbeit vermochten die Länder der Volksdemokratie ihre Wirtschaft rasch wieder aufzubauen und sicher vorwärtszuschreiten. Die radikalen wirtschaftlichen Umbildungen, die in diesen Ländern stattgefunden haben, legten die Grundlagen für den Übergang auf den sozialistischen Entwicklungsweg. Die Liquidierung der Herrschaft der Gutsbesitzer und der Kapitalisten, der Übergang auf die Bahnen des sozialistischen Aufbaus riefen neue Entwicklungskräfte ins Leben, erweckten die Energie, schufen den Arbeitselan von Millionen Arbeitern, Bauern und vorge-schrittenen Intellektuellen.

Hauptaufgabe der ersten, auf 2—3 Jahre berechneten Volkswirtschaftspläne in den Ländern der Volksdemokratie war der Wiederaufbau der vom Krieg und von der deutschen Okkupation zerstörten Volkswirtschaft. Schon 1948 überschritten alle Länder der Volksdemokratie den Vorkriegsstand der Industrieproduktion. In der Tschechoslowakei übertraf die Industrie im Jahre 1948 den Vorkriegsstand um 10 Prozent, in Bulgarien um 71,5 Prozent, in Polen um 51 Prozent, in Ungarn um 27 Prozent. Trotz der Kriegsschäden und der Mißernten, von denen dieser Teil Europas drei Jahre nacheinander betroffen wurde, wird die Landwirtschaft der Länder der Volksdemokratie rasch wiederaufgebaut. Alle Länder der Volksdemokratie zusammengenommen, hat die Erzeugung von Getreide pro Kopf der Bevölkerung schon 1948 den Vorkriegsstand um 5,8 Prozent übertroffen. Diese Länder, die früher nie aus dem Haushaltsdefizit herauskamen und sich nur mit Hilfe knechtender Anleihen über Wasser halten konnten, vermochten ihr Finanzwesen

rasch zu sanieren und zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt überzugehen.

Das erste Halbjahr 1949 zeitigte weitere Erfolge der Länder der Volksdemokratie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Aufbaus.

Die Tschechoslowakei hat den Zweijahrplan vorfristig erfüllt und am 1. Januar 1949 die Ausführung ihres ersten Fünfjahrplans in Angriff genommen. Die Industrie (nicht eingerechnet die Nahrungsmittelindustrie) erfüllte den Plan des ersten Halbjahrs von 1949 zu 101,9 Prozent. In der Slowakei, einem Agrarland, wo ein umfassendes Industrialisierungsprogramm durchgeführt wird, wurde das Plansoll zu 105 Prozent erfüllt.

In Polen übertraf die staatliche Industrie, die mehr als 90 Prozent der gesamten Industrie des Landes erfaßt, im ersten Halbjahr 1949 mit ihrer Produktion den Stand der entsprechenden Zeitspanne des Vorjahrs um 24 Prozent, wobei der Plan zu 109 Prozent erfüllt wurde.

In Rumänien wird der staatliche Plan für das Jahr 1949, der ein Ansteigen der Bruttoproduktion der Industrie um 40 Prozent vorsieht, überboten. Im zweiten Kalenderviertel wurde der Plan in bezug auf die Gesamtindustrie zu 107,4 Prozent, auf die Hüttenindustrie zu 117 Prozent, auf die Baustoffindustrie zu 108 Prozent, auf die Nahrungsmittelindustrie zu 113 Prozent erfüllt.

In Bulgarien lieferte die Industrie im zweiten Jahresviertel 1949 um 37,7 Prozent mehr Erzeugnisse als in der entsprechenden Zeitspanne des Vorjahrs. Auch die Landwirtschaft Bulgariens erzielte bedeutende Erfolge.

In Ungarn erfüllte die Industrie den Plan des ersten Halbjahrs 1949 zu 103,5 Prozent, wobei sie im Vergleich zu den ersten 6 Monaten von 1948 einen Zuwachs um 27,1 Prozent aufwies. Die Zahl der Arbeiter ist in den ersten 6 Monaten dieses Jahres um 100 000 gestiegen. Ungarn vollendet in diesem Jahr — 7 Monate vor dem Termin — seinen ersten Dreijahrplan, worauf es die Ausführung des ersten Fünfjahrplans in Angriff nimmt.

Albanien, ehemals eines der wirtschaftlich rückständigsten Länder Europas, macht rasche Fortschritte auf dem Wege des wirtschaftlichen Aufschwungs. Immer neue Industrieunternehmen werden in Betrieb genommen. Vor kurzem fand die feierliche Grundsteinlegung für ein großes Textilkombinat statt.

Bei der Erfüllung und Überbietung der Wirtschaftspläne spielt der Arbeitselan, von dem die Arbeiterklasse — die führende Klasse der Länder der Volksdemokratie — erfaßt ist, eine überaus wichtige Rolle. Der Arbeitswettbewerb wird zu einer Bewegung der Millionenmassen der Werktätigen.

Noch vor kurzem waren die Länder Mittel- und Südosteuropas den Konjunkturschwankungen des kapitalistischen Weltmarkts gegenüber empfindlich und litten schwer unter jedem Hauch der Krise. Jetzt aber ist dies alles der unseligen Vergangenheit anheimgefallen. Die Länder der Volksdemokratie haben mit dem System des Imperialismus gebrochen und den Weg des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus betreten, dadurch sind sie von so ungeheuerlichen Übeln der bürgerlichen Gesellschaftsordnung wie Krisen und Arbeitslosigkeit erlöst worden.

Nach Maßgabe des Zusammenbruchs seiner auf die Erwürgung der Länder der Volksdemokratie durch Wirtschaftsblockade gerichteten Pläne griff der USA-Imperialismus immer energischer zu anderen, noch niederträchtigeren Kampfmethoden gegen die Völker, die mit dem Kapitalismus gebrochen haben: zur Organisierung verbrecherischer Verschwörungen, zur vergifteten Waffe der Sabotageagenten, Spione und gedungenen Mörder. Der USA-Nachrichtendienst und die USA-Diplomatie begannen durch das Nest faschistischer Provokateure, das sie in Belgrad geschaffen haben, die Volksrepubliken Mittel- und Südosteuropas mit den verabscheuungswürdigen Methoden des „Mantels und des Dolchs“ zu bekämpfen. Der Prozeß gegen Rajk und seine Komplizen hat gezeigt, daß die Wachsamkeit der Völker, ihre Hingabe an das volksdemokratische System und an die Sache des Sozialismus auch diese Hoffnungen der Wall Street zum völligen Zusammenbruch verurteilen.

Das, was sich jetzt im Lager des Sozialismus vollzieht, ist nicht nur ein Zeugnis für die gigantischen schöpferischen Möglichkeiten des sozialistischen Systems. Es ist gleichzeitig ein dräuender

Anklageakt gegen die kapitalistische Ordnung, die die Völker zu Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit verurteilt. Nach dem Zeugnis der englischen Wochenschrift „New Statesman and Nation“ hat ein skandinavischer Bankier keinen üblen Ausdruck für einen Gedanken gefunden, der den Vertretern seiner Klasse zweifellos nicht wenig zu schaffen macht. Früher, so erklärte dieser Bankier, meinten die Menschen, die Arbeitslosigkeit falle vom Himmel, jetzt aber sind sie besser unterrichtet, sie wissen, woher sie kommt, und das müsse in Rechnung gestellt werden.

So haben sich also die Hoffnungen der Urheber des Marshallplans, ihre Politik werde den wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie vereiteln, als kompletter Fehlschlag erwiesen. Das Aufblühen der sowjetischen Großmacht, der sichere Aufschwung der Länder der Volksdemokratie stehen in überwältigendem Kontrast zu dem Wirtschaftschaos und der Zersetzung in den marshallisierten Ländern, im ganzen Lager des Kapitalismus, das immer tiefer im Morast der neuen verheerenden Krise versinkt.

* * *

Das Fehlschlagen der dem Marshallplan zugrunde gelegten doppelten Hoffnung — auf die Errettung des USA-Kapitalismus vor der Krise und auf die Sprengung des wirtschaftlichen Aufbaus in den Ländern des Sozialismus — führt unvermeidlich zu einer Zuspitzung der Gegensätze im Lager des Imperialismus. Die Imperialisten haben ebensowenig die Macht, diese Gegensätze auszulöschen, wie sie dem Lauf der Erde um die Sonne Halt gebieten können.

Der Bankrott der Regierungskoalition in Frankreich

I. ZWETAJEV

AM 5. OKTOBER hat der französische Ministerpräsident Henri Queuille, nach erfolglosen zweiwöchigen Manövern innerhalb der Regierung, dem Präsidenten der Republik, Vincent Auriol, die Demission seines Kabinetts überreicht.

Worin bestehen die Gründe der letzten Regierungskrise in Frankreich?

Formal wurde sie durch Differenzen zwischen Queuille und dem Finanzminister Maurice Petsche

einerseits und den Ministersozialisten andererseits hervorgerufen. Aus Furcht vor endgültiger Diskreditierung in den Augen der Massen, für welche die Abwertung des Frank eine wirkliche Ausplünderung war, sahen sich die Ministersozialisten gezwungen, eine Revidierung der Löhne für die schlecht bezahlten Kategorien sowie die Rückkehr zur Praxis der Kollektivverträge zu verlangen. Queuille und Petsche traten gegen eine solche Lohnrevidierung auf.

Trotz verzweifelten Aussöhnungsversuchen gelang es Queuille nicht, diese Differenzen beizulegen. Viele Tage hintereinander abgehaltene Kabinettsitzungen erbrachten nicht die gewünschten Resultate. Die Regierungskrise wurde unvermeidlich. Diesmal wagten selbst abgebrühte rechtssozialistische Politikaster à la Daniel Mayer nicht, sich wie gewöhnlich ohne jedes Zaudern auf ein Schachergeschäft einzulassen: das verhinderte die ganz offensichtlich in Erscheinung getretene einheitliche Stellungnahme der Gewerkschaften aller Richtungen zur Lohnfrage. Die „Experimente“ mit der zur Irreführung vorgenommenen „Preissenkung“ waren so hoffnungslos in Mißkredit geraten, daß keine Aussicht bestand, irgendwen mittels dieser von Queuille und Petsche ausgelegten Leimrute zu fangen.

Selbstverständlich liegen die wirklichen Ursachen der gegenwärtigen Krise erheblich tiefer als diese taktischen Differenzen zwischen Queuille und seinen Gefährten aus Blums Partei — sie waren durch die gesamte frühere Politik des Kabinetts vorbereitet. Ihre Grundursache bestand darin, daß die Regierung Queuille während des Jahrs ihrer Tätigkeit das Land in eine politische und wirtschaftliche Sackgasse geführt hatte, aus der sie jetzt nicht einmal einen zeitweiligen Ausweg finden konnte.

Die Abwertung des Frank, von der die offiziellen französischen Vertreter sagten, sie sei im Interesse der „atlantischen Solidarität“ realisiert worden, sowie die Mißhelligkeiten in der Lohn- und Preisfrage, die hierauf folgten, waren ein unmitttelbares Ergebnis der Einbeziehung Frankreichs in das System des Marshallplans und in den aggressiven Nordatlantikblock.

* * *

Frankreich nimmt unter den marshallisierten Ländern einen besonderen Platz ein. Nächst Westdeutschland ist es das wichtigste Kettenglied in den aggressiven Plänen des amerikanischen Imperialismus auf dem europäischen Festland. Kraft dessen mißt die Wall Street der Verankerung ihrer Kontrolle über seine Wirtschaft und Politik besondere Bedeutung bei. Andererseits haben Frankreichs regierende Klassen in schändlicher Liebedienerei vor dem Dollar einen Rekord eigener Art aufgestellt.

Als Frankreich 1940 vor Hitler kapitulierte und die niederträchtige Vichybande zur Macht gelangt war, gab Pétain die Losung aus: „Zurück zur Scholle!“ Dieser Urvater des Treubruchs und des Landesverrats schlug Frankreich vor, sich mit der Rolle eines Agraranhängsels des faschistischen Deutschland zufrieden zu geben. Jetzt haben die neuen Totengräber Frankreichs — von

dem Pseudosozialisten Jules Moch bis zu dem Katholiken Robert Schuman und dem Radikalen Henri Queuille — die Pétainsche Losung abermals aus Staub und Moder hervorgezerrt und den Weg zur Vernichtung der landeseigenen Industrie betreten, wobei sie Rückkehr zur Scholle und zum mittelalterlichen Handwerkertum verlangen. Der Rechtssozialist Ramadier, Minister für nationale Verteidigung, hat am 28. Juni in der Nationalversammlung herausfordernd erklärt:

„Ich bin überzeugt, daß wir zu der alten Qualität der Erzeugnisse des Handwerks zurückkehren müssen.“

Die Angelegenheit beschränkt sich nicht auf Reden. Die französische Regierung hat einen umfassenden Plan zum konsequenten Abbau der Industrie entworfen und mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, bereits seine Verwirklichung in Angriff genommen.

In Frankreich entwickeln sich Ereignisse voller Tragik, die eine direkte Folge der Marshallisierung seiner Wirtschaft sind. Von Anfang an begann die Regierung Queuille auf direkten Befehl Washingtons eine sogenannte „Reorganisierung“ der verstaatlichten Flugzeugindustrie, d. h. dem Wesen der Sache nach deren Liquidierung, anzustreben.

Ramadier schrak vor keiner Erpressung zurück, indem er von der Nationalversammlung die Billigung einer entsprechenden Gesetzesvorlage der Regierung zu erreichen suchte. Er drohte mit Demission, Regierungskrise und Zerrüttung des gesamten politischen Lebens, falls die Gesetzesvorlage abgelehnt werden sollte. Am 28. Juni behauptete er provokatorisch in der Nationalversammlung, die Qualität der französischen Flugzeuge entspreche nicht „unseren“ Bedürfnissen, und forderte, man solle „bescheidener sein und beim Ausland lernen“. Ramadiers antinationales Pathos erreichte seinen Höhepunkt, als er erklärte, daß „die französischen Arbeiter und Ingenieure nicht befähigt und kompetent genug“ seien. So äußert sich heutzutage ein französischer Minister im französischen Parlament über das französische Volk!

Was forderte Ramadier? Er bestand darauf, die zehn größten Flugzeugwerke als „unrentabel“ zu schließen. Die übrigen neun kleineren Werke aber sollten in halbhandwerkliche Werkstätten für die amerikanischen Flugzeuge umgewandelt werden, die jetzt angekauft werden.

Ramadier erreichte, was er wollte. Die Nationalversammlung billigte — allerdings mit ganz geringer Stimmenmehrheit — die von ihm eingebrachte Gesetzesvorlage. Im Juli und im August wurden die Flugzeugwerke in Fourchambault, Levallois, Boulogne-Billancourt, Colombes,

Suresnes, Bordeaux und Argenteuil geschlossen. Um den Widerstand der Arbeiter zu brechen, wurden in die Werke sogenannte „republikanische Sicherheitskompanien“ entsandt, denen Panzer und Panzerkraftwagen beigegeben waren. In etlichen Betrieben wurden die Arbeiter vorsichtshalber beurlaubt, und als sie zurückkamen, fanden sie die Fabrikttore vernagelt.

Die demokratische Öffentlichkeit reagierte auf die Regierungsmaßnahmen mit größter Empörung. Die Argumente von der „Unrentabilität“ der Flugzeugwerke nahm niemand ernst. Arbeiter und Fachleute versichern einmütig, daß diese Argumente glattweg Lüge sind.

Ramadier bemühte sich nicht von ungefähr, die wirklichen Gründe der Betriebsschließungen zu verhehlen. Die Stilllegung der Flugzeugbetriebe ist für die amerikanischen Monopole vorteilhaft, die auf dem französischen Markt unbehindert schalten und walten möchten.

Das Flugzeugwerk der Société nationale d'étude et de construction des moteurs d'aviation (SNECMA) in Argenteuil produzierte Traktoren, an denen die Landwirtschaft akuten Mangel leidet. Die Regierung erklärte dies Werk für unrentabel. Auf dem Werkhof verblieben 1300 fertige Maschinen. Die Behörden lehnten deren Verkauf an die Farmer ab. Indes werden im Hafen von Dieppe aus den Kiehlräumen amerikanischer Dampfer Importtraktoren gelöscht, die sogleich zum Verkauf gelangen.

Das Flugzeugwerk der Société nationale des constructions aéronautiques du Centre (SNCAC) in Issy-les-Moulineaux wurde einer Filiale des Trusts Als-Thom verkauft, der unter der Kontrolle amerikanischen Kapitals steht. Die französische Luftfahrtgesellschaft Air-France tätigt Flugzeugkäufe in den USA, obwohl die landeseigene Industrie sie mit Flugzeugen und den notwendigen Einrichtungen vollauf versorgen kann.

Solche Maßnahmen verfolgen auch ganz bestimmte politische Ziele. Durch die Schließung von Werken oder durch deren Verkauf an Monopole wie z. B. die Firma Lafarge et du Teil, die beim Bau des berühmten „Atlantikwalls“ mit den Hitlerfaschisten zusammengearbeitet hatte, festigt die französische Regierung die Positionen der reaktionären Elemente im Lande. Andererseits wird ein Schlag gegen die demokratischen Kräfte des Landes geführt, weil der beste Teil der Arbeiterklasse Frankreichs aufs Pflaster geworfen wird.

Der Marshallplan hat eine schwere Krise des Eisenbahnverkehrs hervorgerufen. Im Zusammenhang mit dem allgemeinen Niedergang der Produktion und mit der Einschränkung der Kapitalinvestitionen hat sich der Güterumschlag jäh vermindert. Um das Defizit der Französischen

Staatsbahnen (SNCF) zu liquidieren, werden der Bau von Depots, Werkstätten und Bahnhöfen eingestellt und die im Plan vorgesehenen Reparaturen am rollenden Material und an der Ausrüstung um 40 Prozent gekürzt. Es ist sogar die vollständige Schließung der sogenannten Eisenbahn-„Hilfslinien“ vorgesehen.

Alle diese Maßnahmen haben die Entlassung von 72 000 Verkehrsarbeitern und -angestellten sowie von 50 000 Bauarbeitern zur Folge. Dem muß man hinzufügen, daß zehntausende Arbeiter anderer für das Verkehrswesen arbeitender Industriezweige von Entlassung bedroht sind.

Die linksgerichtete Presse schlägt Alarm, daß die Französischen Staatsbahnen unlängst zur Deckung ihres Defizits 30 Milliarden Frank Privatanleihen aufgenommen haben und daß in nächster Zukunft in den Staatsbahnen amerikanische Kapitalien investiert werden. Dieser Alarm ist durchaus erklärlich. Der Weg von solchen Almosen zum völligen Verkauf der Eisenbahnen an die Finanzleute der Wall Street ist nicht weit.

Die Leichtindustrie, noch vor kurzem der Stolz Frankreichs, befindet sich gleichfalls im Zustand tiefen Niedergangs. Die Produktion von Schuhwerk z. B. wird in katastrophalem Tempo eingeschränkt. Von 70 Schuhfabriken sind bereits mehr als 10 der allergrößten geschlossen. In den übrigen Betrieben sind nur 2500 Arbeiter beschäftigt. Gleichzeitig exportiert das Land Leder und importiert deutsches und amerikanisches Schuhwerk.

* * *

Die USA-Imperialisten führen schon seit langem eine Offensive gegen die Zollschranken der marshallisierten Länder, da sie völlige Handelsfreiheit erstreben. Die französische Regierung hat dem Druck Washingtons nachgegeben, ihre Marshallplanpartner übertrumpft und sich als erste auf die Kapitulation eingelassen. Ende August wurde die gänzliche oder teilweise Aufhebung der Zollgebühren für gewisse Warengattungen bekanntgegeben. Dieser Beschluß, der am 1. Oktober in Kraft getreten ist, umfaßt Textilwaren, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen. In solcher Weise wurden die Türen des Binnenmarktes Frankreichs vor dem amerikanischen Imperialismus sperrangelweit aufgerissen, was zu weiterer Unterdrückung der landeseigenen Industrie führt.

Infolge der Kapitulanthenpolitik der regierenden Kreise bietet die Volkswirtschaft Frankreichs einen überaus traurigen Anblick. Die Regierung Queuille hat bis zu ihrer letzten Stunde den Kurs auf Untergrabung der einheimischen Wirtschaft fortgesetzt. Zur Kategorie solcher Maßnahmen gehört der kürzlich gefaßte Beschluß über die Förderung ausländischer Kapitalinvestitionen sowohl in Frankreich selber als auch in dessen Übersee-

gebieten. „Journal Officiel“ veröffentlichte ein Gesetz, in dem es heißt, daß von nun an Ausländern — genauer gesagt, den amerikanischen Geschäftemachern — bei Kapitalinvestitionen ebensolche Rechte wie den Franzosen eingeräumt werden. Zieht man jedoch in Betracht, daß die Konkurrenzmöglichkeiten des französischen Kapitals gegenüber dem amerikanischen höchst fragwürdig sind, so wird es klar, welche Gefahr für die Unabhängigkeit des Landes der Beschluß über die Freiheit der Kapitalinvestitionen in Frankreich und dessen Kolonien heraufbeschworen hat.

Das USA-Kapital durchdringt die französischen Kolonien systematisch und hartnäckig. Unlängst haben eine amerikanische Erdölgesellschaft sowie die englisch-holländische Monopolfirma Royal Dutch Shell die ausschließlichen Rechte auf die Ausbeutung der Erdölvorkommen in Tunis ergattert, wobei für Frankreich nur 35 Prozent der Aktien reserviert wurden. Diesen schmähligen Verzicht auf den Schutz der Interessen Frankreichs versuchte Schuman mit — Achtung vor der UNO zu rechtfertigen, indem er erklärte, die Entfernung des ausländischen (lies: amerikanischen) Kapitals aus Tunis würde einen Verstoß gegen die UNO-Satzung bedeuten!

Die Geschäftemacher aus Übersee durchforschen die französischen Kolonien mit und ohne Wissen der Regierung Frankreichs. Unlängst ist eine Gruppe amerikanischer Studienreisender von einer Fahrt durch die afrikanischen Besitzungen zurückgekehrt, wohin sie von der Verwaltung zur Realisierung des Marshallplans entsandt worden war. Die Ergebnisse der Reise wurden, wie die Agentur France Presse meldet, auf einer Beratung mit beschränkter Teilnehmerzahl in Paris erörtert, und zwar in Abwesenheit französischer Vertreter.

Laut Pressemeldungen kontrollieren die Monopole der Wall Street seit langem über 1000 französische Betriebe, die sich im Mutterland befinden, und 122 Betriebe in den Kolonien, wo die zugereisten Geschäftemacher besonders unverschämt vorgehen. Die USA-Trusts haben auf das Eisenerz und die Bauxite von Guinea, auf das Blei und den Kobalt von Marokko, auf den Graphit und die Vanille von Madagaskar und auf das Holz von Gabon ihre Pranke gelegt.

Selbst die reaktionäre französische Wochenzeitung „Semaine économique et financière“ ist über die Vorherrschaft der amerikanischen Geschäftsherren in Frankreich empört. Das Blatt schreibt:

„Wenn ein hoher französischer Beamter anscheinend alle Argumente zur Verteidigung einer schwierigen These erschöpft hat, so beruft er sich darauf, daß die Amerikaner der gleichen Meinung seien. Die Freigabe des Benzins steht zur Debatte? Gleich heißt es: die Amerikaner sind nicht dafür. Zuschüsse? Wieder heißt es: die Amerikaner verurteilen sie.“

Das Staatsdepartement besitzt in Frankreich ein weitverzweigtes Netz verschiedenartiger Organe. Ein im Januar 1949 erschienenes Bulletin der amerikanischen Botschaft in Paris, „Les Documents de la Quinzaine“, bringt eine Aufzählung dieser Organe: Abteilung für Handel und Zahlungen, Finanzabteilung, Abteilung für Lebensmittel und Landwirtschaft, Abteilung für Arbeit und Arbeitskräfte, Abteilung für Überprüfung der Programme und des Verlaufes des Wiederaufbaus, Kontrollbüro, Informationsabteilung, Fremdenverkehrskommission, Rechtsberatungsbüro usw. Alle diese „Abteilungen“ und „Verwaltungen“ üben faktisch die Kontrolle über die Tätigkeit der französischen Regierung und ihrer Organe aus.

* * *

Die verderblichen Folgen der Amerikanisierung Frankreichs sind offensichtlich. Das Haushaltsdefizit, die inneren und auswärtigen Schulden wachsen von Monat zu Monat. Allein vom 1. Januar bis zum 31. März 1949 sind die inneren Staatsschulden Frankreichs um 123 165 000 000, die auswärtigen um 22 853 000 000 Frank angewachsen. Die Finanzen des Landes werden von einer kolossalen Inflation erschüttert, die durch die übermäßigen Rüstungsausgaben verstärkt wird.

Aus dem 83-Milliarden-Defizit des Haushaltes Frankreichs für 1948 haben seine Machthaber keine Lehren gezogen. Es ist ihnen gar nicht eingefallen, die untragbare Militärkontribution zu verringern, die der aggressive Nordatlantische Vertrag dem französischen Volk auferlegt hat. Sie setzen den verbrecherischen Kolonialkrieg gegen das Volk von Vietnam fort, der im Jahre 1948 mehr als 70 Milliarden Frank verschlungen hat. Im Haushalt von 1949 sind die Rüstungsausgaben noch mehr — bis zu 800 Milliarden Frank — gestiegen.

Die katastrophale Zunahme der Arbeitslosigkeit ruft in den demokratischen Kreisen des Landes größte Unruhe hervor. Belief sich die Arbeitslosenzahl Anfang 1949 auf 50 000, so ist sie während der beiden letzten Monate auf 150 000 gestiegen. Hierzu muß man 450 000 Kurzarbeiter, d. h. Halbarbeitslose, zählen.

Gewisse Presseorgane bezichtigen die Regierung nicht ohne Grund, daß sie die Arbeitslosigkeit im Lande bewußt steigere, um eine erhebliche Anzahl qualifizierter Arbeiter zur Abwanderung aufs Land zu zwingen. Dies entspricht unbedingt dem Kurs auf Agrarisierung Frankreichs, den der amerikanische Imperialismus eingeschlagen hat und der dem Marshallplan zugrunde liegt.

Nach dem Plan der Kriegsbrandstifter soll Frankreich zu einem Rohstoffanhängsel des reaktionären westdeutschen Separatstaats werden, den die USA als militärischen und industriellen Stütz-

punkt für den künftigen Krieg gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie auf die Beine stellen.

* * *

Die fällige Regierungskrise entlud sich in Frankreich, kurz nachdem das Kabinett Queuille mit Pauken- und Drommetenschall der ganzen reaktionären Presse seinen ersten — und letzten — Jahrestag begangen hatte. Diese Krise bezeugt, wie illusorisch und labil die Hoffnungen auf eine „politische Stabilisierung“ sind, wenn sie um den Preis des Verrats an den nationalen Interessen erzielt wird. Vor bloß zwei bis drei Wochen rühmte sich Queuille, er habe „die Republik gerettet“. Heute ruhen die Überreste seines Kabinetts auf dem gleichen Müllhaufen, auf den die anderen marshallisierten Eintagsmachthaber Frankreichs geworfen wurden.

Die Krise des Kabinetts Queuilles bestätigt den Bankrott der reaktionären Politik der französischen regierenden Kreise. Wie sehr sich die politischen Kartenlegerinnen aus den reaktionären Pariser Blättern auch den Kopf darüber zerbrachen, welcher Minister die Regierung Queuille „gesprengt“ habe, — jedem aufmerksamen Beobachter ist es klar, daß die derzeitige Regierungskombination unter dem Druck der Unzufriedenheit und des Protestes der werktätigen Massen zusammengestürzt ist. Die französischen Gewerkschaften führen einen beharrlichen Kampf für die Besserung der Lebensbedingungen der Werktätigen, gegen die Versuche der Monopole, sämtliche Folgen der Marshallisierung Frankreichs auf die Schultern des Volkes abzuwälzen. Die Führung der Allgemeinen Arbeitskonföderation hat einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt, daß die Konföderation alle Bemühungen daransetzen werde, den berechtigten Forderungen der Massen Geltung zu verschaffen. Diese Forderungen sehen Lohnerhöhung unter Festsetzung eines Mindestlohns vor, unterhalb dessen die Unternehmer nicht befugt sind, die Arbeiter zu entlohnen; ferner Auszahlung von Urlaubsgeldern an alle Arbeiter; Kürzung der

Arbeitswoche, wodurch Tausenden von Arbeitslosen Beschäftigung verschafft werden würde; Gewährleistung des Sozialversicherungssystems usw.

Die politische Aktivität und Bewußtheit der Werktätigen ist so groß, daß selbst die rechtssozialistischen Spalter aus der „Force ouvrière“ sich genötigt sehen, ein Lippenbekenntnis zu den Forderungen der Arbeiterklasse abzulegen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die regierenden Kreise Frankreichs, mittels der üblichen, dem Blick der Öffentlichkeit entzogenen Kombinationen einen Ausweg aus der Krise suchen werden. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann dies nur eine kurzfristige Lösung des Problems ergeben. Die tiefen sozialen Widersprüche, die das heutige Frankreich zerreißen, kann man nicht mehr verhehlen, indem man Minister wie Bauern auf dem politischen Schachbrett hin- und herrückt.

Maurice Thorez hat in einer Rede vor seinen Wählern in Montrouge, in der er die nach der Demission Queuilles entstandene Lage analysierte, erklärt, daß die derzeitige Krise ein direktes Ergebnis der Politik der Marshallisierung Frankreichs, der Politik des Elends, der Reaktion und des Krieges ist. Die Verantwortung für die Leiden des Volks fällt auf die Spalter der Arbeiterbewegung aus der Führung der Sozialistischen Partei, die dazu beitrugen, daß die kommunistischen Minister aus der Regierung ausgeschaltet wurden, und die samt ihren Regierungspartnern den Marshallplan und den aggressiven Nordatlantischen Vertrag unterzeichneten. Thorez erklärte, daß das Volk Frankreichs mit solcher Politik Schluß zu machen verlangt, und sagte:

„Es ist an der Zeit, die Ketten zu sprengen, in die die Militärclique der amerikanischen Imperialisten unser Land geschlagen hat, und unsere vollständige nationale Unabhängigkeit wiederherzustellen; es ist an der Zeit, in Frankreich jene Regierung zu schaffen, auf die das Land wartet: die Regierung der demokratischen Einheit, die Regierung des Fortschritts, der Freiheit und des Friedens.“

Die Berechtigung dieser Worte Thorez' wird durch Frankreichs gesamte politische Nachkriegserfahrung bestätigt.

Der Ausverkauf Jugoslawiens durch die Titobande

(Eine Auslandspresseschau)

A. PIRADOW

DIE EREIGNISSE der letzten Zeit haben sinnfällig gezeigt, daß die gegenwärtigen Machthaber Jugoslawiens eine Rotte bezahlter Agenten des Imperialismus darstellen. Ihre ganze Politik zielt darauf ab, die freiheitliebenden Völker Jugoslawiens zu unterjochen, sie den ausländischen Imperialisten zu verkaufen.

Vor dem Krieg schalteten und walteten im monarchischen Jugoslawien die Kapitalisten Englands, der USA, Frankreichs und anderer Länder wie es ihnen beliebte. Im Jahre 1939 betrugen die ausländischen Kapitalanlagen 7 375 000 000 Dinar, mehr als die Hälfte aller Kapitalanlagen in der Industrie und im Bergbau des Landes.

Von 20 Großbanken des Landes operierten nur 3 mit inländischem Kapital. Amerikanische Firmen hatten die Verfügungsgewalt über die gesamte Erdölausebeute und deren Weiterverarbeitung zu Petroleum, ihnen gehörte das Monopol auf die Nähmaschinenfabrikation. Englische Monopole beherrschten die Förderung der wichtigsten Nichteisenmetalle: Zink, Chrom, Blei. Französisches Kapital kontrollierte die Tätigkeit der Banken und die Bergbauindustrie, insbesondere Kupfer und Kohle.

Vor dem Krieg war Jugoslawien eine rechtlose Kolonie des ausländischen Kapitals. Die Faschistenbande des Judas Tito, die die Interessen des jugoslawischen Volkes für dreißig Silberlinge an die englisch-amerikanischen Monopole verkauft hat, betreibt den Kurs auf die Unterjochung des Landes durch das Auslandskapital immer weiter.

Wie Telepress laut Belgrader Informationen meldet, hat Tito an den UNO-Wirtschaftsausschuß für Europa ein Memorandum gerichtet, worin es heißt, daß

„Jugoslawien als ein Agrar- und Industrieland zu entwickeln ist, welches industrielle und landwirtschaftliche Rohstoffe zu liefern hätte“.

Die Titoclique fördert mit allen Mitteln die imperialistische Politik des Raubbaus an den Naturschätzen Jugoslawiens. Aus demselben Memorandum geht hervor, daß in den letzten Jahren mit allen Kräften landwirtschaftliche Rohstoffe verschiedener Art aus Jugoslawien herausgepumpt

werden. Die Holzausfuhr hat sich im Jahre 1948 im Vergleich zum Durchschnittsstand von 1935 bis 1939 vervierfacht. Der Wert der ausgeführten Bodenschätze, Eisenerz ausgenommen, ist im gleichen Zeitabschnitt von einem Jahresdurchschnitt von 83 123 000 Dinar bis zu 260 668 000 Dinar gestiegen; die Erz- und Metallausfuhr von 850 093 000 auf 2 279 204 000 Dinar.

Jugoslawien wird überschwemmt von Vertretern ausländischer Firmen. Allerlei „Sachverständige“ und „Fachleute“ aus England und den USA bemächtigen sich mit Hilfe der jugoslawischen Machthaber der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes.

Dank der Befürwortung durch Truman und Acheson erhält Jugoslawien in beschleunigtem Verfahren von der amerikanischen Export-Import-Bank eine Anleihe im Betrag von 20 Millionen Dollar.

In der Befürchtung, sie könnten beim billigen Ausverkauf Jugoslawiens durch die Titobande ihren Anteil verpassen, erklärten sich die regierenden Kreise Englands schleunigst bereit, der jugoslawischen Regierung einen Kredit im Betrage von 9 Millionen Pfund Sterling für fünf Jahre zu gewähren.

Die Bewilligung dieses Kredits wurde davon abhängig gemacht, daß Jugoslawien eine Summe von 4,5 Millionen Pfund Sterling an die britischen Kapitalisten als Kompensation für ihre alten Investitionen auszahlt, wozu die Titoclique sich schon bereit erklärt hat. Außerdem verlangt England die Lieferung einer bedeutenden Menge von Lebensmitteln aus Jugoslawien. Nach Zeitungsmeldungen hat sich Tito, ungeachtet der katastrophalen Ernährungslage des Landes, mit lakonischer Dienstfertigkeit bereit erklärt, diese Bedingungen zu erfüllen. Ebenso hat er zugesagt, die Vorkriegsschulden Jugoslawiens an die USA zu bezahlen, d. h. den Werkfähigen zugunsten Amerikas noch nahezu 2 Milliarden Dinar abzupressen.

Aus alledem ist ersichtlich, daß die Bedingung für die Gewährung von Anleihen an Jugoslawien im endgültigen Übergang der Wirtschaft des Landes unter die Kontrolle des englisch-amerikanischen Kapitals besteht.

Es geht nicht nur um neue, dem jugoslawischen Volke abzapfende märchenhafte Profite, die in der Wall Street und in der City schon im voraus errechnet werden. Für die Pläne der englisch-amerikanischen Kriegsbrandstifter spielen die strategischen Rohstoffe, die in Jugoslawien gewonnen werden, eine besonders wichtige Rolle. Allein während der ersten fünf Monate dieses Jahres sind aus Jugoslawien nach den USA 5700 Tonnen Kupfer, 2385 Tonnen Chromerz, 620 Tonnen Zinn und viele andere Rohstoffe ausgeführt worden.

Als Entgelt für diese dem Volk geraubten Werte erhielt Jugoslawien — 980 Tonnen Trockenmilch, Paraffin, Nähmaschinen nebst Ersatzteilen und dergleichen.

In einer von der Export-Import-Bank der USA im Zusammenhang mit der Gewährung der Anleihe veröffentlichten Erklärung wird mit zynischer Offenherzigkeit darauf hingewiesen, daß

„die neue, von Jugoslawien in den USA erworbene Bergbauausrüstung... die Bezugsquelle für Nichteisenermetalle sichern wird, die für die Einfuhr nach den USA und anderen Ländern notwendig sind“.

Die „anderen Länder“ sind die Staaten Westeuropas, die zur aggressiven nordatlantischen Union gehören. Auf Geheiß ihrer überseeischen Herren haben die gegenwärtigen Machthaber Jugoslawiens knechtende Wirtschaftsabkommen mit Frankreich und Italien unterzeichnet. Damit haben sie sich verpflichtet, ihren Partnern Getreide und andere Lebensmittel, aber auch Pyrit, Kupfer, Antimon, Bauxit und Magnesit zu liefern.

Hiermit ist die Sache noch nicht abgetan. Einige Tage nachdem die amerikanische Bank die Bewilligung einer Anleihe für Tito bekanntgemacht hatte, meldete ein Korrespondent der Wiener Zeitung „Der Abend“ aus Triest:

„Aus sicherer jugoslawischer Quelle verläutet, daß Tito eben eine jugoslawisch-amerikanische Geheimkonferenz auf einer Insel im Adriatischen Meer abgehalten hat... An der Beratung nahmen eine Gruppe amerikanischer Offiziere sowie der amerikanischen Gesandte in Belgrad, Mr. Cannon, teil. Es wurde über die Bedingungen der von Tito geforderten 20-Millionen-Dollar-Anleihe aus der amerikanischen Export-Import-Bank verhandelt. Der amerikanische Gesandte gab zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten auf der Insel Korčula einen Marinestützpunkt einrichten möchten. Tito habe dem amerikanischen Gesandten versichert, daß diese Frage positiv gelöst werde.“

Nachdem Tito auf diese Weise die Volkswirtschaft Jugoslawiens in Bausch und Bogen an die englisch-amerikanischen Imperialisten ausgeliefert hat, beeilt er sich, Jugoslawien in jeder Hinsicht dem Willen seiner überseeischen Herren

unterzuordnen. Die italienische Zeitung „Messaggero“ bemerkt dazu:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit der Anleihe Bedingungen politischer Natur verbunden sind.“

Über diese „Bedingungen politischer Natur“ äußert sich eine andere Zeitung, der Pariser „Ce Soir“, unumwunden:

„Unter den von der Titoregierung an Washington geleisteten ‚Garantien‘ figuriert ganz gewiß die Durchführung harter Repressalien gegen die jugoslawischen Kommunisten.“

Die Kettenhunde des amerikanischen Imperialismus, die Janitscharen Ranković und Titos, werfen jeden in den Kerker, foltern und morden jeden, der gegen die widerwärtigen Verräter und Vaterlandsverschacherer aufzutreten wagt.

So nimmt es niemand wunder, daß kein „Geringerer“ als der jugoslawische Exkönig Peter es eilig hatte, seine vollste Zufriedenheit mit der heutigen Sachlage in Jugoslawien kundzugeben. Das Organ der englischen Besatzungsbehörden in Österreich, die „Weltpresse“, meldete am 19. September an sichtbarer Stelle: „Exkönig Peter zur Zusammenarbeit mit Tito bereit.“ Der Exkönig erklärte sogar, er hätte nichts dagegen, im Falle seiner Rückkehr auf den Thron, Tito an der Spitze der Regierung zu belassen.

Die Belgrader Machthaber haben die Völker Jugoslawiens ihrer nationalen Unabhängigkeit beraubt, die Ökonomie des Landes den englischen und den amerikanischen Imperialisten zugeschanzt und somit seine Volkswirtschaft in eine komplette Katastrophe gestürzt.

Die Römische Nachrichtenagentur teilte ihrerseits vor kurzem mit:

„Die jugoslawische Ökonomie befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Eine besonders schwere Krise macht die Eisen- und Stahlindustrie durch, der die polnische und tschechische Kohle fehlt. Der Mangel an rollendem Material hat die Holzbeförderung und -bearbeitung fast völlig lahmgelegt. Manche ausländische Beobachter sind der Meinung, daß der baldige politische und ökonomische Zusammenbruch des Titoregimes bevorstehe.“

Die ganze Schwere der Situation legt sich auf die Schultern der Arbeiter und Bauern. Die faschistische Titoclique hat für die Werktätigen unerträgliche Bedingungen geschaffen. Hunger, Elend und blutiger Terror sind das Los der Völker Jugoslawiens.

Zahlreiche Briefe, die in den Zeitungen der jugoslawischen revolutionären Emigranten veröffentlicht werden, zeichnen das furchtbare Bild des Lebens im Lande. Der Schreiber eines in Nr. 21 der „Nova Borba“ abgedruckten Briefes teilt mit:

„Die hungrigen und erschöpften, von den Organen des Terrorapparates verfolgten Arbeiter verlassen die

Betriebe massenhaft. Zu Tausenden flüchten die Bergleute von Raša, Banovići, Trepče, Resavski rudniki, Siverić u. a. Auf manchen Baustätten beträgt der Ausfall nahezu 65, in manchen Erzgruben bis zu 45 Prozent von der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter. In allen Landesteilen macht sich der riesenhafte Mangel an nichtqualifizierten und halbqualifizierten Arbeitskräften bemerkbar, was sogar die Presse Titos zugeben muß.

In der Zeitung „Pod Zastavom Internacionalizma“ werden ebenfalls krasse Tatsachen angeführt, die die Zerrüttung der jugoslawischen Wirtschaft kennzeichnen. Es stellt sich heraus, daß die Metallwerke von Niš den Plan für 1948 erst Ende April 1949 erfüllt hatten. Der Bergbau von Aleksinač erfüllt den Plan nur zu 50 Prozent. Während der ersten vier Monate des Jahres 1949 erfüllte die Industrie Serbiens den Plan nur zu 3 Prozent.

Die schwache Basis und die Labilität des faschistischen Gestaporegimes Tito-Ranković sind sogar den regierenden Kreisen der USA und Englands offensichtlich. Die „New York Post“ erklärt:

„Ohne unsere ökonomische und politische Unterstützung wird Tito das Spiel verlieren.“

Doch nutzlos sind die Hoffnungen der Räuberbande Titos wie die seiner Auftraggeber. Keinerlei Almosen, keinerlei Hilfe von den englisch-amerikanischen Imperialisten werden das faschistische Gestaporegime Tito-Ranković retten. Beständig wächst bei den Völkern Jugoslawiens der Haß gegen ihre Unterdrücker und Henker.

* * *

Das Schicksal des geknechteten Jugoslawien lehrt anschaulich, welch ein Los die amerikanischen Monopolisten und der Verräter Tito allen

Ländern der Volksdemokratie bereiten wollten. Nicht nur als billige Quelle einer zügellosen Bereicherung interessiert die Imperialisten ihre neue Kolonie Jugoslawien unter Tito. Sie betrachten dieses Land auch als Zentrum für ihre Wühlarbeit auf dem Balkan, als Aufmarschgebiet für einen Überfall auf die Länder der Volksdemokratie und die Sowjetunion.

Die faschistische Gestapoclique Tito-Ranković hat vom amerikanischen Spionagedienst Auftrag erhalten, einen Sturmtrupp von Provokateuren und Verrätern zu bilden, der dem Kampf gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie dienen soll. Anzettelung konterrevolutionärer, terroristischer Verschwörungen in den Staaten der Volksdemokratie, um in ihnen den Kapitalismus und die Herrschaft der ausländischen Imperialisten wiederaufzurichten — das ist die Tätigkeit, der sich im Auftrag der englisch-amerikanischen Kriegstreiber ihr bezahlter Agent Tito bereitwillig zugewandt hat.

Der Prozeß in Budapest gegen den Staatsverbrecher Rajk und seine Komplizen hat den Judas Tito und seine Rotte endgültig vor aller Welt entlarvt. Die mißglückte Verschwörung Rajks hat die bestialische Fratze der heutigen Nachfolger Hitlers bloßgelegt.

Die Kriegsbrandstifter haben wieder eine vernichtende Niederlage erlitten. Das Lager der Demokratie und des Sozialismus hat seine Reihen von gemeinen Provokateuren und Spionen gesäubert und ist aus diesem Kampf noch mehr gestärkt hervorgegangen. Es hat sich noch enger um den Vorposten des Friedens und der Sicherheit der Völker, die große Sowjetunion, geschart.

In den Ländern der Volksdemokratie

Erfolg der Fünfjahrplananleihe in Ungarn

„Binnen fünf Jahren wird sich die Produktionsleistung unserer Industrie dermaßen steigern, wie sie sich binnen 50 Jahren vor dem zweiten Weltkrieg gesteigert hat“, erklärte unlängst der Führer der Ungarischen Partei der Werktätigen, der stellvertretende Ministerpräsident Mathias Rákosi, als er das wirtschaftliche Hauptziel des Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft Ungarns kennzeichnete. „Infolge dieses Wachstums wird unser Land aus einem Agrarland mit entwickelter Industrie zu einem Industrieland mit entwickelter Landwirtschaft werden.“

Eine derartige grandiose Aufgabe erfordert große Schaffensbemühungen und große Kapitalinvestitionen. Das ungarische Volk erweist dem Staat auch umfassenden finanziellen Beistand. Hiervon zeugt der Erfolg der Ende September aufgelegten ersten Staatsanleihe für den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Ungarischen Republik.

Die Anleihezeichnung, die sogleich nach dem Abschluß des Prozesses gegen Rajk und die anderen Agenten des amerikanischen Nachrichtendienstes, die Handlanger der Titobande, begann, war gleichsam eine Antwort auf die Umtriebe des imperialistischen Lagers.

In dem großen Elektrizitätswerk Ganz haben in zwei bis drei Tagen 97 Prozent der Arbeiter und der Angestellten die Anleihe gezeichnet.

„Ich zeichne die Anleihe, um die Zukunft meiner Kinder zu sichern“, sagte die Arbeiterin Orkán aus einem der Csepelwerke in Budapest. In dem Földiwerk beschloß der Betriebsrat anfangs, unter den Lehrlingen, die vorerst einen bescheidenen Lohn erhalten, keine Anleihezeichnung durchzuführen, sie aber protestierten entschieden und äußerten den Wunsch, zur finanziellen Festigung der Republik ihren Beitrag zu leisten.

Der Bauer Lajos Varga zeichnete 1000 Forint und erklärte, daß er sich aus eigener Erfahrung überzeugt hat, wie sehr das Leben der Werktätigen durch Erfüllung des Dreijahrplans erleichtert wird.

„Wie könnte man dem Staat nicht Geld geben“, fügte er hinzu, „das der Erfüllung des Fünfjahrplans zugute kommen wird?“

Neben den Arbeitern und den Bauern beteiligt sich die schaffende Intelligenz an der Anleihezeichnung. Es ist charakteristisch, daß auch die Vertreter der Geistlichkeit nicht abseits blieben. Wie der Erzbischof Albert Bereczky Pressevertretern

mitteilte, hat das Konzil der Reformierten Kirche sich an alle Geistlichen mit einem Aufruf zur Anleihezeichnung gewandt. Das Konzil selber ließ dem Staat 100 000 Forint. Die Leiter der Evangelischen und der Unierten Kirche sowie der Jüdischen Gemeinde in Ungarn erklärten das gleiche.

Die Fünfjahrplananleihe gliedert sich in zwei Emissionen: eine gewinnsichere und eine fünfprozentige. Die Inhaber der einen wie der anderen Obligationen erhalten ihre Einlagesummen nach Ablauf der Anleihefrist, d. h. nach fünf Jahren, zurück. Die Anleihe wurde für die Gesamtsumme von 500 Millionen Forint aufgelegt, die Zeichnung belief sich jedoch binnen einer Woche auf 671 Millionen Forint, hat also die Vorschläge um fast 35 Prozent überschritten. Das ist die Antwort der Werktätigen Ungarns an ihre Feinde, eine neue Bekundung des Vertrauens sowie der Unterstützung, die das Volk seiner Regierung erweist.

„Tag der ‚Scântea‘“

Am 25. September jährte sich zum fünftenmal das Erscheinen der ersten legalen Nummer der Zeitung „Scântea“ (Funke), des Zentralorgans der Arbeiterpartei Rumäniens. Dieses Jubiläum wurde in Rumänien als nationaler Festtag gefeiert. Die Hauptstadt Rumäniens war am „Tag der ‚Scântea‘“ mit Fahnen, Spruchbändern und Plakaten geschmückt. Auf zahlreichen Freilichtbühnen, die auf den Plätzen und in den Parks der Hauptstadt errichtet waren, traten Schauspieler, Musiker und Volkstanzensembles auf. Es wurden Lieder dargeboten, die rumänische Komponisten eigens zu Ehren des „Tags der ‚Scântea‘“ geschrieben hatten.

Die Tagesauflage der „Scântea“ beträgt 800 000 Exemplare, d. h. sechs- bis siebenmal soviel wie die der Tageszeitungen im alten Rumänien.

Die „Scântea“ ist eine Zeitung, die den schaffenden Menschen, seine Arbeit, seine Sorgen und Interessen stets in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit stellt.

Hier eine der Nummern des Blattes. Fast eine ganze Seite nimmt ein großer Bericht ein, betitelt „Der Sieg der ‚Petrila‘“. Es ist dies ein Bericht von der hervorragenden Arbeitstat Ludovic Pops und seiner Brigade, der Bergarbeiter aus der Grube „Petrila“ im Becken des Flusses Jiu. Der Name Pop ist nunmehr im ganzen Lande weit und breit bekannt. Dieser Mann ist einer der kühnen Produktionsneuerer, ein Initiator neuer

Arbeitsmethoden, die die Produktivität beträchtlich steigern. Das Festtreffen wird geschildert, das die Kumpel des ganzen Kreises für ihn an jenem bedeutsamen Sommertag veranstalteten, als Pops Arbeitsbrigade den Jahresplan erfüllt und Erzeugnisse für 1950 zu liefern begonnen hatte. Auf einer Photographie sehen wir: die Gesichter der Menschen sind noch schwarz vom Kohlenstaub, aber der Triumph leuchtet aus ihnen — es sind Gesichter von Siegern. Die Kumpel haben in den Händen Blumensträuße, die ihnen von den Arbeitskollegen überreicht worden sind. Auf einer anderen Photographie ist die Arbeitsbrigade während einer Erholungsstunde im Park bei der Grube zu sehen. Kräftige, größtenteils junge, lebensfrohe Menschen...

„Scântea“ berichtet über die Arbeit des Maurers Josif Uivari von den „Steagul Roșu“-Werken in Brașov, sie beschreibt den Verlauf des Wettbewerbs der Meister in den Betrieben „23. August“ und „Republik“. Sie berichtet von den Gießern N. Manolache und J. Nicolae aus dem Landmaschinenwerk „Vasile Roaita“... Sie veröffentlicht Arbeiterkorrespondenzen, in denen die noch bei weitem nicht aus der Welt geschafften Fälle bürokratischen Verhaltens mancher Beamter und Administratoren gegenüber den Bedürfnissen der Werktätigen enthüllt werden. Die Zeitung trägt zur Behebung der Mängel bei.

In einer ihrer Spalten liest man die Schlagzeile: „Achten wir auf die Sorge um die Kranken“ — eine Umfrage der „Scântea“ in Krankenhäusern, Heilstätten und Polikliniken der Hauptstadt und der Provinzen. Klubs, Lesehallen, Amateurzirkel, Kultur- und Alltagsfragen fallen ebenso ins Blickfeld der Zeitung.

„Scântea“ informiert die Leser eingehend über die Ereignisse im Leben der Rumänischen Volksrepublik und über die internationalen Geschehnisse. Durch Entlarvung der Umtriebe der Imperialisten sucht sie alle Bemühungen der Werktätigen auf den Schutz des Friedens auszurichten und ermahnt zur Stärkung der wirtschaftlichen Macht des Landes. Die Aufsätze des Blattes über politische, kulturelle, literarische und wissenschaftliche Themen gehen von den Prinzipien der großen marxistisch-leninistischen Lehre aus. „Scântea“ erzieht ihre Leser im Geiste des Patriotismus und des Internationalismus, im Geiste der internationalen proletarischen Solidarität. Durch Veranschaulichung der Errungenschaften der Sowjetunion lehrt die Zeitung die Werktätigen Rumäniens, das große Land des Sozialismus zu achten und zu lieben und selber den Sozialismus aufzubauen.

Der „Tag der ‚Scântea‘“ ist zu einem Volksfeiertag geworden, weil „Scântea“ eine Zeitung des werktätigen Volkes ist.

Internationale Umschau

(Notizen)

DIE POLIZEIBEFLISSENHEIT MR. CHUTER EDES

Die Lorbeeren berufsmäßiger Varietéartisten lassen einigen westeuropäischen Politikern keine Ruhe. So gab der Labourinnenminister Chuter Ede vor einigen Tagen eine Probe seiner erstklassigen politischen Jonglierkunst zum besten. Als freiwilliger oder unfreiwilliger „Assistent aus dem Publikum“ betätigte sich der faschistische Gauner Mosley. Mr. Mosley spielte Mr. Chuter Ede geschickt die Mitteilung zu, daß er im Londoner East End eine faschistische Demonstration vorbereite. Mr. Chuter Ede steckte diese Mitteilung mit Blitzesschnelle in die Westentasche und entzog seiner Aktenmappe nicht minder geschickt ein abgegriffenes Papierchen mit der Aufschrift

„Verbot jeglicher politischer Demonstrationen im Stadtbezirk von London auf drei Monate“.

Der politische Sinn dieses Kunststückchens ist nicht schwer zu erraten. Mr. Chuter Ede bediente sich der Mitteilung von der Vorbereitung einer faschistischen Demonstration als Vorwands zum Verbot der Demonstrationen englischer Werktätiger für den Frieden, gegen die Kriegsbrandstifter und die faschistischen Provokateure.

Faschistische Zusammenkünfte und Aufmärsche werden in England von den Polizisten Chuter Edes sorgfältig geschützt. Die Tinte auf dem „Verbotsedikt“ des labouristischen Hüters der Gesetze war noch nicht getrocknet, als die Mosleybuben schon unter Polizeischutz eine Kundgebung veranstalteten, bei der das hitlerfaschistische „Horst-Wessel-Lied“ gesungen und die Zeitung „Daily Worker“ verbrannt wurde.

Chuter Ede erließ seine drakonische Verbotserfügung 24 Stunden nach einer erfolgreichen Demonstration der Friedensanhänger in London. Die labouristischen Machthaber waren natürlich darüber informiert, daß für die nächsten drei Monate zahlreiche Demonstrationen dieser Art vorgesehen sind.

Gerade diese Demonstrationen sind es, die die Labourminister jetzt zu verbieten versuchen. Das ist der Grund, weswegen Chuter Ede seine Kunststücke produziert.

Die labouristischen Jongleure arbeiten jedoch nicht sauber. Die Öffentlichkeit hat ihre Manöver durchschaut. Die Werktätigen protestieren gegen den neuen antidemokratischen Schritt der Labourregierung. Als der Labourminister sein Verbot veröffentlicht hatte, fand am nächsten Tag in London eine große Kundgebung statt. In ihrer Resolution heißt es: „Wir sind entschlossen, so lange zu kämpfen, bis das einfache Volk ohne Furcht vor dem Faschismus und vor dessen Begleiter, dem Kriege, leben kann.“

AUF DEN FREI GEWORDENEN PLATZ TSCIANGKAISCHEKS

Der indische Ministerpräsident Nehru, der sich am 6. Oktober nach Washington begab, war vor der Abreise erstaunlich wortkarg. Er erklärte, seine Reise sei „ausschließlich eine Mission des guten Willens“, wenn er auch hoffe, „in Washington viele Probleme besprechen zu können“.

Das wichtigste dieser „Probleme“ wird schon lange von der englisch-amerikanischen Presse ventiliert.

Wie United Press hervorhebt, wird Nehru von Acheson über die Maßnahmen informiert werden, die die USA, England und Frankreich zur Bekämpfung des Kommunismus in Asien ergreifen.

Es handelt sich um Pläne zur Zusammenzimmern eines aggressiven Pazifikblocks, der gegen die Befreiungsbewegungen der Völker Asiens gerichtet wäre. In diesen ihren abenteuerlichen Plänen räumen die englisch-amerikanischen Imperialisten Indien und dessen derzeitigen reaktionären Machthabern eine besondere Stellung ein. So schreibt die englische Zeitung „Manchester Guardian“:

„Das Beste, was die westlichen Länder in nächster Zeit in Asien tun könnten, wäre, alle ihre Bemühungen auf Indien zu konzentrieren... Indien... ist der strategische Mittelpunkt Südasiens und hat große verborgene Möglichkeiten... Indien ist ein viel zuverlässigerer Baugrund, als China es jemals hätte sein können.“

Tschiangkaischeks Platz ist frei geworden und wird nun Nehru angeboten. Eine so schmeichel-

hafte Aufmerksamkeit der imperialistischen Mächte, die im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung der asiatischen Länder ihre Hoffnungen auf Indien setzen, verheißt den Völkern dieses Landes nichts Gutes.

NOCH EINE WIDERLEGTE LEGENDE

Am 1. Oktober sind in den USA eine halbe Million Stahlindustriearbeiter in den Ausstand getreten. Seit dem 19. September streiken auch die Bergarbeiter. Die Gesamtzahl der Streikenden beträgt mehr als eine Million. Nach Angaben der Associated Press sind in 27 Staaten 53 Stahlgießereien und Dutzende Eisenerzgruben stillgelegt worden.

Dieser großartige Streik versetzt jener Legende, die die Gewerkschaftsbarone der USA so gerne schaffen möchten — nämlich der Legende vom „Frieden“ in der USA-Industrie und von dem harmonischen Zusammenwirken von Arbeit und Kapital im Lande der Dollardemokratie —, einen vernichtenden Schlag. Der Streik, den der CIO-Vorsitzende Philip Murray unter dem Druck der Arbeiter nach hartnäckigem Widerstand doch genehmigen mußte, zeigt, wie schwerwiegend die sozialen Konflikte sind, die in den USA nach deren Eintritt in die Wirtschaftskrise heranreifen. Der Streik ist die Folge der Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiterklasse, die vom Leben selber gezwungen ist, zu der so scharfen Kampfweise der Arbeitsniederlegung zu greifen.

Die Streikbewegung steigert sich mit solcher Macht, daß sie, wie man sieht, weder von den drakonischen Taft-Hartley-Gesetzen noch von den Dämmen gebändigt werden kann, die die Gewerkschaftsbarone als Ladenschwengel der Monopole errichtet haben.

ZWEI-GENDARMEN-ALLIANZ

Der bei der französischen Arbeiterklasse tief verhaßte Pseudosozialist Jules Moch begab sich vor kurzem nach Rom, um seinem italienischen Kollegen, dem christlichen Demokraten Scelba, einen Besuch abzustatten. Die Zeitungen „Giornale d'Italia“, „Momento Sera“ und andere berichten geheimnisvoll, Scelba und Moch hätten über Angelegenheiten von großer staatlicher Bedeutung beraten, nämlich Pläne zur Bekämpfung der „kommunistischen Gefahr“ vereinbart. Es handelte sich also mit anderen Worten um den Austausch von Henkererfahrungen im Kampf gegen die Demokratie.

Unter Berücksichtigung des skandalösen Leumunds beider Minister machte der halbamtliche „Messaggero“ den Versuch, die Leserschaft mit

der Aufforderung zu beschwichtigen, sie solle keine „grundlosen Befürchtungen“ hegen. Aber gleich darauf entschlüpfte der Zeitung das Geständnis, daß die Zusammenkunft Mochs und Scelbas große Provokationen nach sich ziehen könne: die italienische und die französische Regierung beabsichtigen, die kommunistischen Parteien in beiden Ländern zum gleichen Zeitpunkt für vogelfrei zu erklären. Ferner ist beabsichtigt, im Sinne der „atlantischen Solidarität“ Geheimauskünfte und Polizeibeamte auszutauschen. So wird Jules Mochs Knüppelgarde ihren praktischen Lehrgang auf dem Rücken der italienischen Arbeiter absolvieren, während Scelbas Ordnungsbestien ihr Mütchen an den französischen Werktätigen kühlen werden. Vorgesehen sind gemeinsame Aktionen beider Geheimpolizeien gegen die Seeleute der italienischen und der französischen Handelsflotte, deren Streiks die Reaktionäre zur Raselei gebracht haben.

Es läßt sich schwerlich voraussagen, was für ein niederträchtiges Falschdokument aus dem schöpferischen Meinungsaustausch der beiden Kettenhunde des USA-Imperialismus in Westeuropa, Jules Mochs und Scelbas, erstehen wird. Allein der bloße Versuch zur Gründung einer „Polizeiinternationale“ ist höchst bemerkenswert. Die italienischen und französischen Reaktionäre haben bei der Organisation wirtschaftlicher Zusammenarbeit Schiffbruch erlitten und hoffen nun mit internationalen Polizeiprovokationen größeren Erfolg zu haben. Man kann im voraus sagen, daß aus diesen Plänen nichts werden wird: Scelba und Moch wird es mit vereinten Bemühungen ebensowenig gelingen, der Arbeiterklasse Italiens und Frankreichs Handschellen anzulegen, wie es jedem von ihnen einzeln gelingt.

ÜBER DIE HINTERTREPPE

Die schwedischen Staatsmänner bezeichnen seit einiger Zeit ihre Außenpolitik nicht einfach als Politik der „traditionellen Neutralität“, wie das früher hieß, sondern als Politik der „bewaffneten Neutralität“.

Die politische Bedeutung der Formel „bewaffnete Neutralität“ geht aus einer Rede hervor, die der schwedische Außenminister Unden am 8. September in Stockholm hielt. Unden erging sich in heftigen Angriffen auf die UNO. Diese Angriffe werden begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß der schwedische Außenminister höchst entzückt ist von der USA-Politik der Bildung aggressiver Blocks. Unden bezeichnet den Nordatlantischen Vertrag und den nicht minder aggressiven Panamerikanischen Pakt als „Stabilisierungs-

faktoren“. „Derartige Allianzen“, erklärte er, „können ihren Teilnehmerstaaten zweifellos große Vorteile bieten.“

Im Einklang mit dieser seiner Vorstellung von „Vorteilen“ versucht der schwedische Außenminister in seiner Politik so vorzugehen, als wäre Schweden bereits Teilnehmer des Nordatlantikblocks. Seine Kabinettskollegen unterstützen ihn dabei. Im Lande wird eine Kriegspsychose geschaffen und eine fieberhafte Aufrüstung betrieben. Das Verhältnis zwischen Schweden einerseits und Norwegen und Dänemark, zwei Teilnehmerstaaten des aggressiven Nordatlantikpakts, andererseits gleicht einem geheimen Kriegsbündnis.

Die Stockholmer Zeitung „Svenska Morgonbladet“ kennzeichnet eine solche Politik mit Recht als einen Versuch, „Schweden über die Hintertreppe, über Norwegen und Dänemark, dem Atlantikpakt anzuschließen“.

So zeigt sich, was die „bewaffnete Neutralität“ der schwedischen regierenden Kreise zu bedeuten hat.

VERLORENE ILLUSIONEN

Traurige Gesänge ertönen im marshallisierten Europa. Trauerklänge und Klagelieder. Ein solches Klagelied war auch die kürzliche Rede des Generaldirektors der Bank von Norwegen, Gunnar Jahns. Vor zwei Jahren noch betrachtete der Herr Generaldirektor die Welt durch die rosige Brille. Er glaubte, der Marshallplan werde der norwegischen Wirtschaft „wieder auf die Beine helfen“. Jetzt muß er zugeben, daß die USA-Hilfe Norwegen in die Knie gezwungen hat.

Gunnar Jahn berichtet, daß Norwegen nicht aus seinem chronischen Defizit herauskomme. Der Haushalt für 1949 sah schon bei seiner Abfassung ein Defizit voraus. Jetzt ist jedoch klargeworden, daß das Manko 40 Prozent höher sein wird, als vorgesehen war.

Die Währungsabwertung hat die Stimmung des norwegischen Finanzmannes endgültig verdorben. Er klagt:

„Die Argumente, die im Zusammenhang mit der Abwertung vorgebracht wurden, scheinen mir recht primitiv zu sein. Es heißt, daß die Währungskurssenkung zu gesteigertem Export in die Dollarländer und zur Herabsetzung des Imports aus diesen Ländern führen werde. Aber um die gleiche Dollarsumme wie früher zu erhalten, werden wir jetzt mehr Waren hergeben müssen...“

Cripps erklärte in seiner ersten Rede über die Währungskurssenkung, sie werde keinerlei Auswirkungen auf den Binnenmarkt haben. Das ist aber eine Illusion, das ist naiv und wirklichkeitsfremd, obwohl es natürlich unangebracht wäre, dem Volk so etwas zu erzählen...“

Was ist denn eigentlich „unangebracht“, dem Volke „zu erzählen“? Daß der Marshallplan und die Abwertung Preissteigerung und Senkung des Reallohns bedeuten?

Verelendung und Ruin breiter Bevölkerungsmassen — das sind die Früchte jener Politik der Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus, die von norwegischen Kreisen betrieben wird, denen auch Gunnar Jahn angehört. Manchmal sind sie gezwungen, die Politik der Wall Street zu kritisieren, aber sie können sich nicht entschließen, dieser Politik zu entsagen. Und das ist auch begreiflich. Die Lasten fallen ja nicht auf die Bankiers, sondern auf das Volk, dem „davon zu erzählen natürlich unangebracht“ ist.

VERGNÜGUNGEN DER USA-GENERALE

Die reisigen Recken aus dem Pentagongebäude veranstalten eine ganze Serie von Kriegsübungen mit gestellter „Invasion“ feindlicher Streitkräfte in das Staatsgebiet der USA. Da das Ziel dieser Übungen in der Anfachung der Kriegshysterie besteht, so machen die amerikanischen Generale aus ihren „Operationen“ ein öffentliches Schauspiel.

Eine dieser Schaustellungen nahm vor kurzem ein sehr trauriges Ende. Am 29. September „landete“ eine den „Angreifer“ markierende 1500 Mann starke Marineinfanterieabteilung an der Küste bei Boston. Als „Verteidiger“ erwiesen sich die ans Meeresufer geeilten neugierigen friedlichen Bostoner Spießbürger, wie auch Schulkinder, denen man eigens an diesem Tag frei gegeben hatte, um sie organisiert hinauszuführen, damit sie die militärischen Übungen betrachten könnten. Von Kampfegeist hingerissen, trieben die Offiziere den Realismus ihrer Inszenierung so weit, daß sie wirkliche Minen zur Explosion brachten. Als der Rauch verweht war, stellte sich heraus, daß der Bildberichterstatte einer Bostoner Zeitung getötet worden war, während ein Zuschauer aus dem Publikum und drei Marineoffiziere Verletzungen aufwiesen... Man beeilte sich, die bleich gewordenen, erschrockenen Schüler vom Schauplatz des Ereignisses wegzuführen.

Der tragische Ausgang der Bostoner Operation brachte die Organisatoren von „Invasionen“ jedoch nicht zur Besinnung. Nach Meldungen der Associated Press gab das USA-Kriegsministerium

am gleichen Tage bekannt, daß amerikanische Marine-, Luft- und Landstreitkräfte in einer Gesamtzahl von 80 000 Mann im Raum Puerto Rico eine „Invasion inszenieren“ werden.

Die Kannibalenübungen greifen, wie man sieht, immer mehr um sich

ZUM SCHUTZ DER FREUDENHAUSER

Die im italienischen Senat sitzenden Reaktionäre waren äußerst schokiert über eine Rede der sozialistischen Senatorin Angelina Merlin, die eine Gesetzesvorlage über das Verbot von öffentlichen Häusern in Italien einbrachte. Die rechten Senatoren erklärten das Gesetz für „unzeitgemäß“ und haben die Absicht, es auf die lange Bank zu schieben.

Indes gibt es, wie Radio Rom gestehen mußte, in Italien gegenwärtig 717 „konzessionierte“ Bordelle. Das Umsichgreifen der Prostitution steht in engem Zusammenhang mit dem elenden Hungerdasein, zu dem der Marshallplan die Volksmassen verurteilt hat. Im September mußte selbst der halbamtliche „Messaggero“ zugeben, daß der Lebensstandard der überwiegenden Masse der Bevölkerung in Italien nur halb so hoch ist wie in den übrigen marshallisierten Ländern, die sich bekanntlich wirklich keiner erträglichen Lebensbedingungen der werktätigen Massen rühmen können.

Die Prostitution ist eine ebenso unvermeidliche Begleiterscheinung des Kapitalismus wie die Arbeitslosigkeit und das Elend. Wahrscheinlich hatte die römische Zeitung „Tempo“ gerade dies im Auge als sie schrieb, durch Einbringung der Gesetzesvorlage über das Verbot von öffentlichen Häusern „versuchen die Kommunisten, die bestehende“ (lies: bürgerliche) „Gesellschaft zu zerrütten“.

Einige reaktionäre Sudler, die für die Freudenhäuser eintreten, bemühten sich, diese Frage nicht vom sozialen, sondern von einem religiös-mystischen Standpunkt zu behandeln. Die Zeitung „Messaggero“ protestiert z. B. gegen die Schließung der öffentlichen Häuser, da „die Prostitution ein Glied jener schweren unabänderlichen Sündenketten ist, die die Menschheit fesselt“.

Im Vergleich mit solchen Moralpredigern erscheint der Heuchler Tartüff wahrlich als ein kläglicher Dilettant.

Das fortschrittliche Amerika im Kampfe mit der Reaktion

(Brief aus New York)

A. LAWREJOW

FOLEY SQUARE... Dieser New Yorker Stadt-
platz, an dem das Gebäude des Föderalen
Gerichtshofs steht, wird in den letzten Monaten
ständig erwähnt, in Privatgesprächen, in den Zei-
tungsspalten, im Rundfunk. Am Foley Square
stehen die Führer der Kommunistischen Partei
der USA vor Gericht. Dieser Platz scheint schon
in seinem architektonischen Ensemble das Bünd-
nis des Kapitals, der katholischen Kirche, der Re-
gierung und der Justiz zu symbolisieren, jenes
Bündnis, das den Stützpfiler der Reaktion in den
USA bildet.

Mitten auf dem Platz ragt grau das finstere
vieltöckige Gebäude des Föderalen Gerichtshofs
mit seinen von schweren Eisengittern ausgefüllten
Fenstern empor. Rechts von ihm erhebt sich ein
schwerfälliges, aus ebensolchen grauen Quadern
gefügtes Gebäude: der Oberste Gerichtshof des
Staates New York. Über dem Haupteingang
prangt, in Stein gemeißelt, die Inschrift:

„Rechtspflege ist die festeste Stütze der Regierung.“

An das Palais des Obersten Gerichtshofs schließt
sich ein vielstöckiges Gebäude, in dem die ver-
schiedensten Institutionen des Staates New York
untergebracht sind. Hinter dem Föderalen Ge-
richtshof sieht man den abweisend kühlen, hohen
Prunkbau einer katholischen Kirche, neben dem
traurig ein halbverfallenes kleines protestantisches
Kirchlein steht.

Das Hauptquartier der Reaktion — die Wall
Street — ist nur wenige Minuten Wegs vom Foley
Square entfernt. Der Befehl, zum Hohn auf die
Gerechtigkeit einen Prozeß gegen die amerikani-
schen Kommunisten abzuhalten, war bald an Ort
und Stelle...

Der ruhige Foley Square ist jetzt Schauplatz
stürmischer Ereignisse. Es sind nun schon neun
Monate, daß tagtäglich vor dem Gebäude des
Föderalen Gerichtshofs protestierende Volksde-
monstrationen stattfinden. Von allen Enden des
Landes strömen Bergarbeiter, Gießer, Lastträger,
Elektriker, Angestellte, Hausfrauen, Kriegsinvaliden,
Neger und Weiße, Amerikaner und Spanier,
Portugiesen und Italiener hierher. Sie fordern die
Einstellung des von der Reaktion angezettelten
Prozesses gegen die Führer der Arbeiterklasse.

Weder die Konstablerabteilungen noch die berit-
tenen Polizisten mit ihren Gummiknüppeln und
Pistolen noch die Menge der auffällig gekleide-
ten Agenten des Föderalen Untersuchungsbüros
können dieses Menschenstroms Herr werden.

Wir waren Zeugen einer solchen Demonstra-
tion, die die Hafenarbeiter von New Jersey orga-
nisiert hatten. Die ersten Vorposten erschienen
schon am Tage auf dem Platz. Gegen Abend, nach
Arbeitsschluß, fanden sich Gruppen von Schauer-
leuten, Dockarbeitern, Chauffeuren und Angestell-
ten auf dem Platz ein. Die Demonstranten füllten
den ganzen Platz vor dem Gebäude des Föderalen
Gerichtshofs. Sie trugen Plakate:

„Wir fordern die Einstellung des Prozesses!“

„Befreit Green, Hall, Winston!“

„Hier wird über Freiheit und Demokratie
Gericht gehalten!“

„Der Kommunistenprozeß ist eine Schmach für
Amerika!“

Auf Anregung Ben Golds, des Vorsitzenden des
Verbandes der Kürschner und Lederarbeiter, so-
wie einiger anderer Führer fortschrittlicher Ge-
werkschaften wurde ein Spendenfonds zur Verfei-
digung der Angeklagten und zum Kampf gegen
die reaktionären Kräfte, die Drahtzieher des Pro-
zesses, gebildet. Arbeiter, Angestellte, Haus-
frauen, Studenten steuern ihre hart erarbeiteten
Groschen zu diesem Fonds bei. Die kommunisti-
schen Parteiorganisationen erhalten, wie Presse-
berichte zeigen, viele herzliche Briefe von ein-
fachen Menschen. So schreiben z. B. Mitglieder
des Verbands der Büroangestellten:

„Die Verteidigung der Kommunisten ist die erste
Verteidigungslinie der Rechte des amerikanischen
Volkes...“

Gruppen junger Leute aus den Staaten Minne-
sota, Michigan, Illinois, Ohio und anderen schrei-
ben, sie träten für die Verteidigung der Kommu-
nisten ein, weil sie nicht wollten, daß die Jugend
der USA „die Hitlersche Bahn beschreite“.

Der Arbeiter Nathan Peters, ein Neger, erklärt:
„Freiheit für die Leiter der Kommunistischen
Partei bedeutet Freiheit für mein Volk.“ Ein Jung-
arbeiter und eine Jungarbeiterin sagen in ihrem
Brief, sie hätten beschlossen, ein gemeinsames

Leben zu beginnen und es ganz „dem Kampf für Frieden und Demokratie“ hinzugeben.

Die einfachen Menschen verstehen sehr gut, welche Ziele die Reaktion mit der Anstrengung des Prozesses am Foley Square verfolgt. Ein New Yorker schreibt:

„Bei diesem Prozeß wird gegen Freiheit und Demokratie verhandelt. Seine Inszenierung ist eine Imitation des Reichstagsbrandprozesses. Man braucht nur noch über dem Sessel Richter Medinas ein Hakenkreuz anzubringen, und die Ähnlichkeit ist vollkommen.“

Als die Reaktionäre ihren niederträchtigen Feldzug gegen die Kommunisten begannen, hatten sie offensichtlich einen derartigen Widerstand nicht erwartet. Nun werden Versuche gemacht, den Gerichtssaal hermetisch vom Volke abzuschließen. Der USA-Kongreß diskutiert einen Gesetzentwurf, der das Verbot von Protestdemonstrationen des Volkes vor dem Gebäude des Föderalen Gerichtshofes vorsieht. Übertretung des Gesetzes soll mit Gefängnisstrafe oder Geldstrafe geahndet werden. Bis jetzt finden, trotz den Protesten der Führer der Kommunistischen Partei und der Öffentlichkeit, die Gerichtssitzungen in einem Raum statt, der kaum hundert Menschen faßt, wobei dem Publikum nur 70 Plätze zugewiesen sind. Die reaktionäre Presse bemüht sich, die Wahrheit über den Prozeß und über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei zu entstellen oder sie dem Volke vorzuenthalten.

All dies sind vergebliche Bemühungen. Die fortschrittliche Öffentlichkeit der USA verfolgt den Prozeß mit gewaltiger Aufmerksamkeit und lauscht jedem Wort der Kommunisten, die im Gerichtssaal die reaktionäre Politik der regierenden Klassen anprangern.

* * *

Das fortschrittliche Amerika führt seinen Kampf gegen die Reaktion unter Bedingungen, die keineswegs als leicht zu bezeichnen sind. Je mehr die Wirtschaftskrise ansteigt, um so stärker wird die Offensive gegen die demokratischen Rechte des amerikanischen Volkes. Eine zügellose, geschickt aus einem Mittelpunkt geleitete Hetze gegen den fortschrittlichen Teil der amerikanischen Gesellschaft ist im Gange; mit allen Mitteln wird die Kriegshysterie angefacht. Um die fortschrittliche Bewegung im Lande zu spalten und zu zertrümmern, versucht man die einen einzuschüchtern, steckt man andere hinter die Gitter der Konzentrationslager oder weist sie aus dem Lande aus, während man wieder andere aus den Institutionen und Lehranstalten „hinaussäubert“ und auf die Schwarze Liste setzt.

Die Reaktion verschmäht auch hitlerfaschistische Methoden nicht. Davon zeugt der Pogrom in Peekskill: der faschistische Überfall auf die

Hörschaft des Volkssängers Paul Robeson, einer prominenten Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und Vorstandsmitglieds der Progressiven Partei.

Aber keine Repressalien, kein Terror können die Protestbewegung gegen den aggressiven Nordatlantischen Vertrag, gegen das Programm der unbändigen Aufrüstung, gegen die Pläne zur Entfesselung eines neuen Weltkrieges eindämmen. Die fortschrittliche Öffentlichkeit der USA hat den faschistischen Pogrom in Peekskill mit Massenprotestkundgebungen beantwortet, nach denen tausende Amerikaner, die zuvor abseits gestanden hatten, sich dem Kampf gegen die Reaktion anschlossen. Je mehr die Reaktion rast, um so klarer sehen die Menschen, welche Gefahr über den USA heraufzieht. Die Ereignisse in Peekskill haben gezeigt, daß man die faschistischen Banditen zum Stehen bringen und zurückwerfen kann, wenn man ihnen eine Einheitsfront der fortschrittlichen Kräfte entgegenstellt. Deweys provokatorische Verteidigung der Gewalttäter von Peekskill war offenkundig von der Befürchtung diktiert, die Abfuhr, die in Peekskill erteilt wurde, könnte in den Reihen der Söldlinge der Reaktion Demoralisierung hervorrufen.

Wie in allen übrigen Ländern sind auch in den USA die Losungen des Kampfs um einen dauerhaften Frieden zum Banner der Volksbewegung geworden. In diesem Sinne hatte der New Yorker Kongreß der amerikanischen Kulturschaffenden und Wissenschaftler zum Schutz des Friedens eine große Bedeutung. Die fortschrittliche Öffentlichkeit der USA nahm auch an dem im September in Mexiko abgehaltenen amerikanischen Kontinentalkongreß zum Schutz des Friedens aktiven Anteil. Außer Gelehrten, Künstlern und anderen Vertretern der fortschrittlichen amerikanischen Intelligenz nahmen an diesem Kongreß Delegierte der Arbeiterbewegung teil: des Verbands der Hafenarbeiter der Westküste, des Verbands der Kürschner und Lederarbeiter, des Verbands der vereinigten Lebensmittel- und Tabakarbeiter u. a. Auch die junge Generation der USA war in Mexiko vertreten, und zwar durch Delegierte der Organisation Progressive Jugend Amerikas.

Bedeutende Gruppen der amerikanischen Arbeiterklasse treten aktiv gegen die aggressiven Pläne der Wall Street auf. Die in den ersten Oktobertagen in Chicago abgehaltene USA-Gewerkschaftskonferenz zum Schutz des Friedens war eine mächtige Demonstration der fortschrittlichen Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung. Ihre Bedeutung fällt noch mehr ins Gewicht, wenn man in Betracht zieht, welche zersetzende und unterminierende Arbeit in den Gewerkschaften nicht

nur die AFL-Reaktionäre, sondern auch die rechten CIO-Führer leisten, die sich an die Monopolverordnungen haben.

Ein fortschrittlicher Journalist aus Chicago, der die Konferenz vorbereiten half, erzählte mir, wie es zur Idee ihrer Einberufung kam:

Einzelne Verbände sind schon lange gegen den von der reaktionären AFL-Führung und dem CIO unterstützten aggressiven Kurs der USA-Außenpolitik eingestellt.

Am 12. April, an dem sich der Todestag des Präsidenten Roosevelt jährte, richteten 16 Führer großer Gewerkschaften des Staats Ohio an Truman ein Schreiben, in dem sie im Namen der Arbeiter gegen den Nordatlantischen Vertrag und gegen das Programm zur Bewaffnung seiner Teilnehmerstaaten protestierten. Präsident Truman hielt es für das Beste, diesen Brief nicht zu beantworten, in der Annahme, daß es damit sein Bewenden haben werde. Der Brief wurde jedoch von der Gewerkschaftspresse veröffentlicht. Er fand Widerhall bei hunderten Gewerkschaftsfunktionären der AFL und des CIO. Der Grundgedanke ihrer Äußerungen war: „Der Brief hat nicht genügt“, es gilt, wirksame Schritte zu ergreifen.

So kam es zu dem Beschluß, in Chicago eine Gewerkschaftskonferenz zum Schutz des Friedens einzuberufen. Es wurde ein Organisationsausschuß gebildet, zu dessen Vorsitzendem der bekannte Chicagoer Gewerkschaftsfunktionär Sam Curry gewählt wurde.

Ungeachtet der Drohungen reaktionärer Führer beider Gewerkschaftszentralen, veröffentlichte der Organisationsausschuß einen Appell, in dem er die Arbeiterklasse aufrief, sich zusammenzuschließen zum Kampf für den Frieden, gegen den Nordatlantischen Vertrag und gegen die fieberhafte Aufrüstung. Es heißt in diesem Appell:

„Die Milliarden Dollar, die im Rahmen des Nordatlantischen Vertrags für Waffenlieferungen an andere Länder bereitgestellt wurden, werden den Kräften der Reaktion im Ausland zufließen, damit diese die volksdemokratische Bewegung unterdrücken und einen dritten Weltkrieg vorbereiten können.“

Im Appell wurde darauf hingewiesen, daß die USA-Arbeiter die Einstellung der Politik des „kalten Krieges“ sowie die Erweiterung des Handels mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie fordern.

Der Appell des Ausschusses fand begeisterten Widerhall. Zur Konferenz kamen über 1200 Delegierte nach Chicago. Eine aktive Rolle spielte auf dieser Konferenz die Progressive Partei, deren Vorsitzender, Henry Wallace, auf einem Meeting in Chicago eine große Rede hielt. Viele Gewerkschaftsorganisationen sandten der Konferenz Begrüßungsschreiben und erklärten, die

von ihr gefaßten Beschlüsse unterstützen zu wollen.

Das Verhalten der amerikanischen Werktätigen zu dem bedeutsamen Beginnen der fortschrittlichen Gewerkschaftsführer fand einen markanten Ausdruck in den Ausführungen des Vorsitzenden der Detroitter Abteilung der Automobilarbeitergewerkschaft, Will Grant. Er erklärte in Chicago, daß die Gewerkschaftskonferenz zum Schutz des Friedens für das amerikanische Volk von historischer Bedeutung sei. Grant erklärte, die Konferenz lege die Grundlage für eine mächtige organisierte Friedensbewegung der Arbeiter, die wachsen und erstarken werde, bis das große Ziel — der auf der sowjetisch-amerikanischen Freundschaft begründete Frieden — erreicht sein werde.

In Chicago wurde ein ständiges Nationalkomitee der amerikanischen Gewerkschaftskonferenz zum Schutz des Friedens gebildet, das fortfahren wird, die Reihen der Friedensanhänger in den Vereinigten Staaten zusammenzuschließen.

* * *

Die Tatsachen zeugen von der wachsenden Unzufriedenheit der einfachen Mitglieder der AFL und des CIO mit der Verräterpolitik der Gewerkschaftsbarone. Die Führer beider Gewerkschaftszentralen, die sich durch den Lakaiendienst an den Monopolen befleckt haben, verlieren den Boden unter den Füßen. Selbst „Journal of Commerce“, das Organ der Geschäftskreise, muß beunruhigt zugeben, daß das Ansehen Murrays, Reuthers und Co. unter den Arbeitern stark gesunken ist.

Das ist auch begreiflich. Die rechten Führer der AFL und des CIO betreiben eine Politik, die im krassen Gegensatz zu den lebenswichtigen Interessen der Arbeiterklasse steht. Nicht nur, daß sie keinen Kampf um die Verbesserung der schweren Lage der Arbeiter führen, sind sie auch noch bestrebt, die fortschrittlichen Gewerkschaften an der Behauptung und Verteidigung der Interessen und Rechte der Arbeiter zu hindern.

Unlängst wehrten die fortschrittlichen Gewerkschaften den fälligen Versuch der CIO-Führer ab, eine Reihe von Ortsgruppen zu zerschlagen, sie ihrer Führung zu berauben und sie, nach einem Ausdruck des Organs der Hüttenarbeiter, „Union“, zu „Zweigstellen der faschistischen Front“ in der Arbeiterbewegung zu machen. Die wutentbrannten Gewerkschaftsreaktionäre bedrohen jetzt jene Organisationen, die nicht gewillt sind, ein blindes Werkzeug der Monopole zu werden, mit dem Ausschuß aus dem CIO. Wenn sie aber diesen Weg betreten, so laufen Murray und seine Freunde Gefahr, in die Lage von Generalen ohne Armeen zu kommen.

Vor einiger Zeit beriefen 1550 prominente Funktionäre und Leiter großer Gewerkschaften, die zum CIO gehören — der Elektriker, Bergarbeiter und Schweißer, Landmaschinenbauer, Büroangestellten, Nahrungsmittel- und Tabakarbeiter, Schiffsköche und Stewards, Schiffsbauer, Lederarbeiter und Kürschner u. a. —, in New York eine Konferenz ein. Ihre Teilnehmer, die mehr als eine Million Gewerkschaftsmitglieder vertraten, übten scharfe Kritik an der Leitung des CIO und forderten dessen Rückkehr zum früheren fortschrittlichen Kurs.

Das neue Gewerkschaftsorgan „March of Labor“, eine Zeitschrift, die von den fortschrittlichen Gewerkschaften finanziert wird und erst seit wenigen Monaten erscheint, wird in der Arbeiterbewegung immer populärer. Zum Unterschied von der Pseudoarbeiterpresse, die von den Gewerkschaftsrenegaten kontrolliert wird, beleuchtet diese Zeitschrift wahrheitsgetreu die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den USA und in der ganzen Welt. Die Zeitschrift führt den Kampf gegen die Kriegsbrandstifter, zum Schutz des Friedens, sie tritt für die Zusammenarbeit mit der Weltföderation der Gewerkschaften ein. In ihren Spalten wird die reaktionäre Politik der regierenden Spitzenclique der USA, das reaktionäre Wesen der AFL-Führung und der rechten Führer des CIO enthüllt.

Die einfachen Gewerkschaftsmitglieder schätzen diese Zeitschrift. Die Redaktion erhält zahlreiche Briefe von Arbeitern und Angestellten, die der Zeitschrift dafür danken, daß sie ihnen hilft, sich in den wichtigen politischen und gewerkschaftlichen Fragen zurechtzufinden und einen richtigen Standpunkt zu beziehen.

Eine vielversprechende Tatsache ist der wachsende Drang der kleinen Farmer und Landarbeiter nach einer Einheitsfront mit den Industriearbeitern zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen gegen die Anschläge des Großkapitals. So bildeten die Farmer, Landarbeiter und Industriearbeiter des Mittleren Westens der USA im Juni d. J. auf einem Kongreß in Davenport einen Farmer- und Arbeiterbund. An dem Kongreß beteiligten sich Gewerkschaftsdelegierte, darunter auch Delegierte des Elektrikerverbands, der 600 000 Mitglieder zählt. Der Bund beschloß ein

gemeinsames Aktionsprogramm zum Kampf gegen die Offensive der Monopole auf die Rechte der Arbeiter und Farmer. Die Kongreßteilnehmer sprachen sich gegen die aggressive Politik der USA-Regierung aus.

Auch unter der Arbeiter- und Studentenjugend entwickelt sich die fortschrittliche Bewegung. Im Juni d. J. fand in Washington eine Konferenz der Organisation Progressive Jugend Amerikas statt, an der mehr als 300 junge Männer und Frauen teilnahmen. 249 Delegierte vertraten die Arbeiterjugend aus den zur AFL und zum CIO gehörenden Gewerkschaften.

Die Konferenzteilnehmer beschlossen einmütig, die Jugend zum Kampf gegen die Kriegsbrandstifter, gegen den Nordatlantiktakt und das Aufrüstungsprogramm zu mobilisieren. Die Konferenz entwarf ein gemeinsames Kampfprogramm für die Rechte der Jugend und für die Liquidierung des Antreibersystems in den Betrieben. Jetzt bereitet die Progressive Jugend Amerikas einen Kongreß vor, der Ende November in Cleveland stattfinden wird.

Die nationale Studentenassoziation, die größte Hochschülerorganisation der USA, deren Kongreß im September in Champaign stattfand, faßte den bedeutsamen Beschluß, dem Internationalen Studentenverband beizutreten und in seinen Reihen für den Frieden zu kämpfen.

Gegenwärtig werden im ganzen Lande Ortsgruppen der neuen Liga der Arbeiterjugend gegründet, deren Bildung im Juni dieses Jahres in Chicago auf einem Kongreß von Delegierten aus 18 Staaten beschlossen wurde. Zweigstellen der Liga der Arbeiterjugend existieren bereits in den größten Industriezentren, darunter im Staat Pennsylvanien.

So ist in den 2 Jahren, die seit der Bildung der Progressiven Partei verstrichen sind, die Front der fortschrittlichen Kräfte in den USA weiter gewachsen und erstarkt, trotz Drohungen, Verboten und Repressalien. Die demokratische Öffentlichkeit bekämpft die hirnverbrannten Pläne der USA-Reaktion, denn diese Pläne bedrohen nicht nur andere Länder und Völker, sondern auch die einfachen Menschen in den USA selbst.

New York, im Oktober 1949

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Eine Atomattacke der BBC

Der Zusammenbruch der Legende vom amerikanischen Atommonopol hat der Atomstrategie und -diplomatie der amerikanischen Imperialisten den Boden unter den Füßen weggezogen. Während die Atompolitiker sich noch von dem empfangenen Schlag zu erholen suchen und Erwägungen darüber anstellen, wie man die neue Sachlage für eine Verstärkung der fieberhaften Aufrüstung auszunutzen vermöchte, hat sich das offizielle Organ der britischen Funkpropaganda, die BBC, flink in eine neue Atomattacke gestürzt.

In aller Welt begrüßen die Menschen von ganzem Herzen das Scheitern der erpresserischen Atompolitik und den neuerdings von der Sowjetunion wiederholten Antrag auf unverzügliches Verbot der Atomwaffe. Die BBC hingegen, die sich gemeinlich als unvoreingenommenes Sprachrohr der öffentlichen Meinung bezeichnet, macht sich ans Werk, die Atmosphäre zu vergiften und die Rundfunkhörer irrezuführen. Die BBC feuerte eine ganze Salve von Funkkommentaren über das Atomproblem ab, von denen einer verlagener als der andere war.

Es waren das sehr wortreiche Darlegungen. Aber selbst im Nebel des demagogisch listigen Wortschwall, der der Feder des Redakteurs des pseudosozialistischen „New Statesman and Nation“, Kingsley Martin, entströmt, und in der Anhäufung von halber Wahrheit und halber Lüge, die den Inhalt der anderen Funkreden und Kommentare bildet, lassen sich unschwer die Absichten der BBC erraten. Die ihr gestellte Aufgabe ist durchaus eindeutig. Erstens mit Hilfe verleumderischer Erfindungen die Zweckmäßigkeit und den praktischen Wert der sowjetischen Anträge auf Verbot der Atomwaffe zu verhehlen, ihre Bedeutung für die Sache des Friedens zu verschleiern. Zweitens selber in der Rolle eines Anwalts für den sogenannten Baruchplan aufzutreten.

Die BBC stellt die Sache folgendermaßen dar: die Westmächte seien mit Leib und Seele bemüht, das Verbot der Atomwaffe herbeizuführen, und schlagen hierfür ein vortreffliches System internationaler Kontrolle vor, den Baruchplan. Die Sowjetunion hingegen weise diesen Plan grundlos zurück und wünsche keinerlei internationale Kontrolle über die Erzeugung von Atomenergie einzurichten. Darum also wären die auf ein Verbot der Atomwaffe abzielenden Vorschläge in der Luft hängengeblieben.

Die BBC-Kommentatoren unterziehen sich nicht der Mühe, den Baruchplan und die sowjetischen

Einwände gegen ihn auseinanderzusetzen, und noch weniger sind sie geneigt, die Anträge der Sowjetunion zur Frage des Verbots der Atomwaffe und der Schaffung eines Systems internationaler Kontrolle darzulegen.

Würde all das wahrheitsgemäß dargestellt werden, so könnten sich die Rundfunkhörer zweifellos leicht in der Sachlage zurechtfinden. Aber die BBC trachtet den Rundfunkhörer möglichst weit von der Erkenntnis des Wesens der Sache wegzuführen und nimmt darum ihre Zuflucht zu einem eigenartigen Ablenkungsmanöver. Statt Argumente und Tatsachen darzulegen, greift der Kommentator der BBC etliche Zeilen aus dem sowjetischen „Diplomatischen Wörterbuch“ heraus, wo in einer kurzen Auskunft über Bernard Baruch erwähnt wird, er habe der UNO „seinen Plan einer Kontrolle vorgelegt, der den USA auf unbestimmte Zeit den Monopolbesitz an der Atombombe sichern will“.

Sonst kein Wort. Jeder, der die Geschichte der internationalen Beziehungen unserer Zeit kennt, wird bestätigen können, daß in dieser kurzen Auskunft das Wesen der Sache getroffen ist. Man könnte allenfalls noch hinzusetzen, daß der Baruchplan den USA nicht nur den Monopolbesitz an der Atombombe zu sichern unternimmt, sondern auch ein internationales Monopol amerikanischer Truste über die Auswertung der Atomenergie aufzurichten strebt. Hierin liegt der ganze Sinn des Plans.

Und diese durchaus wahrheitsgetreue Auskunft des „Diplomatischen Wörterbuchs“ wird nun den Hörern vom BBC-Kommentator in höchst pathetischem Tone aufgetischt. Hochtrabend wendet er sich „an die Bürger der Sowjetunion“: da seht einmal, meine Verehrten, das „Diplomatische Wörterbuch“ verfälscht den Baruchplan! Und angesichts dessen ist natürlich die gesamte sowjetische Politik in der Atomfrage eine unrichtige Politik...

Wir übertreiben keineswegs: wenn man den leeren Wortkram beiseite tut, so läuft die Argumentation des BBC-Kommentators auf nichts anderes hinaus. Bessere Beweismittel hat er nicht. Indes sollten gerade die Auftraggeber der BBC besser als andere wissen, daß es sich im Baruchplan, wie überhaupt in der Position der USA hinsichtlich der Atomenergiefrage, gerade um ein Monopol der amerikanischen Truste handelt. Wird doch auch der „Juniormpartner“ hierbei zur Seite geschoben. Das Äußerste, was „der große

Bruder in Washington“ Bevin vorzuschlagen hat, ist die Verwandlung der britischen Inseln in einen amerikanischen Atomstützpunkt. In eine Art Atombombenlager, wo amerikanische Offiziere zu wirtschaften hätten! Das ist freilich für Bevin kein Grund, dem Baruchplan seine eifrige Unterstützung zu versagen. Auf der UNO-Vollversammlung hat er eben erst erklärt, daß er bereit sei, diesem Plan zuliebe „bis zu einem gewissen Grade auf die Souveränitätsrechte zu verzichten“. Erinnern wir uns, daß das Wesen des Baruchplans von A. J. Wyschinski in seinen ausführlichen und vortrefflich mit Argumenten belegten Reden auf den Sessionen der Vollversammlung dargelegt worden ist. Englische Gelehrte, so der Physiker Patrick M. S. Blackett in seinem bekannten Buche und eine Gruppe anderer Wissenschaftler in ihrem nicht minder wohlbekannten Memorandum, haben den Baruchplan sehr gründlich analysiert und eben das bewiesen, was die BBC abzuleugnen trachtet.

Der Baruchplan schlägt unter dem Vorwand internationaler Kontrolle die Schaffung von einer Art Supertrust für Atomenergie vor. Dasselbst sollen die amerikanischen Monopole Hausherrn sein, denen es ja nicht schwerfällt, mit Hilfe folgsamer Satelliten die entsprechende „Mehrheit“ sicherzustellen. Dieses Kontrollorgan soll nach Baruchs Absicht das Eigentumsrecht an den Rohstoffen zur Gewinnung von Atomenergie, an den Anlagen zur Verarbeitung dieser Rohstoffe und an der Erzeugung von Atomtreibstoff in der ganzen Welt ausüben. Dem genannten Organ sollen, nach jenem Vorschlag, derartige Vollmachten zufallen, daß es geradezu die Möglichkeit hätte, in das Gebiet anderer Länder einzudringen, ihre Betriebe einer Untersuchung und Prüfung zu unterwerfen, ja die Frage zu entscheiden, ob das eine oder andere Land energetische Werke bauen dürfe, d. h. die Möglichkeit, die Auswertung der Atomenergie für friedliche Zwecke in einzelnen Ländern willkürlich zu unterbinden.

Angesichts einer so unerhörten Einnischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten rückt der Baruchplan die Frage des Verbots der Atomwaffe und der Vernichtung der Atombombenvorräte in unbestimmte Ferne.

Es lohnt daran zu erinnern, mit welcher Unverfrorenheit die englisch-amerikanische Mehrheit der UNO diesen Plan aufzudrängen trachtete. Dreißig Monate kam die Arbeit der Atomkommission keinen Schritt vorwärts, weil ihre englisch-amerikanische Mehrheit keinerlei positive Entschließung zuließ, auf keine Vereinbarung einging und auf der Annahme des Baruchplans bestand. Die sowjetischen Vertreter lehnten diesen Plan entschieden ab. Erstens weil er das

wichtigste und hauptsächlichste Ziel, das Verbot der Atomwaffe, verfehlte; zweitens weil er ein amerikanisches Monopol auf dem Gebiete der Atomenergie im Weltmaßstab zu errichten strebe.

Die sowjetischen Anträge zu dieser Frage lieferten einen ganz greifbaren Beitrag zur Festigung des Friedens und des Vertrauens unter den Völkern. Sie forderten unverzügliche Ausarbeitung von Konventionen zur Verwirklichung der bereits vorliegenden Beschlüsse der Vollversammlung, da diese Beschlüsse schon früher das Verbot der Atomwaffe und deren Ausschaltung aus den Rüstungen der einzelnen Länder bestimmt haben.

Die Sowjetunion erachtet das Verbot der Erzeugung und Verwendung von Atomenergie zu militärischen Zwecken als vordringlichste Aufgabe und hat deswegen beantragt, die Atomwaffe als eine für aggressive Zwecke und nicht für die Selbstverteidigung bestimmte Waffe zu verbieten. Dieses Verbot sollte Bestandteil eines allgemeinen Plans zur Beschränkung der Rüstungen und Streitkräfte der fünf Großmächte um ein Drittel binnen eines Jahres sein. Zur Überwachung und Kontrolle der Ausführung dieser auf die Beschränkung der Rüstungen und Streitkräfte sowie auf das Verbot der Atomwaffe abzielenden Maßnahmen beantragte die Sowjetunion die Bildung eines internationalen Kontrollorgans im Rahmen des Sicherheitsrats.

Die amerikanischen und die britischen Vertreter verlangten: zuerst internationale Kontrolle, hernach erst Verbot der Atomwaffe. Die Sowjetdelegation schlug vor, unverzüglich sowohl das eine wie auch das andere zu verwirklichen. Ihr Antrag besagte, man möge gleichzeitig die Entwürfe zweier Konventionen vorbereiten: über das Verbot der Atomwaffe und über die Errichtung einer internationalen Kontrolle der Atomenergie.

Der sowjetische Kontrollplan überläßt jedem souveränen Staat das Recht, selbst zu entscheiden, wie er die Atomenergie zu verwenden und wie er die Forschungsarbeit im Hinblick auf die Auswertung der Atomkraft durchzuführen wünsche, allerdings nur zu friedlichen Zwecken. Die Durchführung von Forschungsarbeiten für die Auswertung der Atomenergie zu Zerstörungszwecken ist im sowjetischen Plan verboten. Nach dem Baruchplan hingegen erhält ein internationales Kontrollorgan, unter dessen Marke die Amerikaner agieren, das Recht, als Eigentümer der Atomenergiewerke zugleich auch Forschungsarbeiten durchzuführen, die der Vervollkommnung der Atomwaffe dienen.

Auf der dritten Session der UNO-Vollversammlung im Oktober 1948 hat A. J. Wyschinski in

seiner Rede im ersten Komitee diesen Standpunkt des Baruchplans als „direkte Verhöhnung“ bezeichnet, die „gegen den Sinn und Geist des von der Vollversammlung gefaßten Beschlusses“ über das Verbot der Atomwaffe gerichtet ist.

Die Machenschaften der Atompolitiker scheiterten, es gelang ihnen nicht, der UNO den Baruchplan aufzudrängen. Daraufhin beschlossen sie, die Frage des Verbots der Atomwaffe überhaupt ad acta zu legen. Aber auch das wird ihnen nicht gelingen.

Es ist unmöglich, von der Tagesordnung der UNO die Frage abzusetzen, die das Verbot einer Anwendung der Atomenergie zu Kriegszwecken betrifft. Unmöglich darum, weil die Interessen des Friedens dieses Verbot verlangen. Unmöglich darum, weil die Sowjetunion in ihrem Kampf für das Verbot der Atomwaffe von dem überwiegenen Teil der Menschheit unterstützt wird.

Mit ihren albernen Ausfällen gegen das „Diplomatische Wörterbuch“ sucht die BBC die Hörschaft zu betrügen und das Wesen der Sache zu tarnen. Und das Wesen der Sache besteht darin, daß der Baruchplan die bankrotte Politik der Atomernährung und Atomdiplomatie fortsetzt. Die BBC-Attacke wird die Aktien dieser Politik nicht stützen.

Nun der Mythos vom Monopolbesitz der USA an der Atomwaffe geplatzt ist, sehen die Ansprüche der amerikanischen Truste auf Verwirklichung des Baruchplans und Errichtung ihres internationalen Monopols auf dem Gebiet der Erzeugung von Atomenergie noch sinn- und grundloser aus als je.

Um so übler scheinen die Bemühungen der BBC angebracht, die Rolle eines Anwalts für diesen durchgefallenen Plan zu übernehmen.

N. Sergejew

FRAGEN UND ANTWORTEN

Das Schicksal der italienischen Kolonien

Frage:

Wodurch ist es zu erklären, daß das Problem des Schicksals der ehemaligen italienischen Kolonien, das von neuem auf der Tagesordnung der 4. Session der UNO-Vollversammlung steht, noch immer nicht gelöst ist, obwohl es vormals des öfteren in der Organisation der Vereinten Nationen erörtert wurde?

N. Jeremejew
(Charkow)

Antwort:

Das Problem der ehemaligen italienischen Kolonien blieb bislang ungelöst infolge der Einstellung der regierenden Kreise der angelsächsischen Mächte, deren Pläne auf Teilung der italienischen Kolonien unter den imperialistischen Räubern hingen.

Der englische Delegierte McNeil hat im Politischen Ausschuß der Vollversammlung erklärt, die Unabhängigkeit Libyens könne nicht eher als nach drei bis fünf Jahren gewährleistet werden, während der amerikanische Vertreter Jessup von drei bis vier Jahren sprach. Hierbei argumentierten beide nach Kräften mit der „Unvorbereitetheit“ Libyens und der anderen ehemaligen italienischen Kolonien zur Selbstverwaltung sowie damit, daß diese Gebiete und die Völker, die sie bewohnen, einer „recht ausgedehnten Periode der Leitung“

und „Erwerbung von Erfahrungen“ bedürften. Natürlich schrieben sie auf der Stelle die Fähigkeit zu solcher „Leitung“ ausschließlich sich selber zu.

Alle diese Hinweise auf scheinbare „Sorge“ für die Interessen der Bevölkerung der ehemaligen italienischen Kolonien haben mit der Wirklichkeit nichts gemein. Man braucht sich nur die Politik der Behörden Londons und Washingtons zu vergegenwärtigen, die sich in diesen Gebieten niedergelassen haben. England hat eigenmächtig den sogenannten „unabhängigen“ Staat Cyrenaika proklamiert, den es seinem Strohmann, dem Emir Idris es Senussi, zur Verwaltung überantwortete, während die USA die ehemaligen italienischen Kolonien eilends in ihre Militärstützpunkte umwandeln.

Hinter den Kulissen der UNO ist ein schmutziger Schacher um die italienischen Kolonien im Gange. Wie die Beirut-Zeitung „Al-Chark“ meldet, hat James Clement Dunn, der USA-Botschafter in Italien, Ende September dem Ministerpräsidenten de Gasperi mitgeteilt, die USA willigten in die Forderungen Italiens ein, Somaliland und Erythräa unter italienische Verwaltung zu stellen, vorausgesetzt, daß die USA-Behörden die Verfügungsgewalt über gewisse Gebiete in diesen beiden Kolonien erhielten. Schon diese Tatsachen allein enthüllen restlos die Verlogenheit der

Beweisführung, deren sich die Vertreter des englisch-amerikanischen Blocks bedienen.

Was ist der wahre Grund dafür, daß die Delegierten Englands und der USA der Gewährung von Unabhängigkeit an die ehemaligen italienischen Kolonien so hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen? Die englische Zeitung „Times“ hat den Grund hierfür ausgeplaudert:

„Großbritannien, die USA und Frankreich müssen vorsichtig sein... Wir können nicht zulassen, daß alle unsere Truppen aus Nordafrika abgezogen werden, denn dies würde unsere Position im Westteil des Mittelmeers schwächen.“

Wie wir sehen, gesteht das Organ der City-magnaten, daß die Vertreter des englisch-amerikanischen Blocks sich in ihren Maßnahmen keineswegs von den Interessen der eingeborenen Bevölkerung leiten lassen. Sie wollen vielmehr das totale Kolonialregime in diesen widerrechtlich von ihnen angeeigneten Gebieten verewigen und diese in ihr militärisches Aufmarschgebiet verwandeln.

Dieser Abenteuerpolitik steht die eindeutige und klare Stellungnahme der Sowjetunion gegenüber. Die Sowjetdelegation hat dem Politischen Ausschuß der Vollversammlung folgende Anträge unterbreitet:

unverzüglich Libyen die Unabhängigkeit zu gewähren und binnen Dreimonatsfrist von seinem

Gebiet sämtliche ausländischen Truppen abzuziehen;

Erythräa und Italienisch-Somaliland die Unabhängigkeit nach Ablauf von fünf Jahren zu gewähren, wobei für die Übergangszeit für jedes dieser Gebiete eine Treuhandsverwaltung in Gestalt eines vom UNO-Vormundschaftsrat zu ernennenden Administrators und eines ihm beigeordneten Konsultativrats eingesetzt werden soll, dem Vertreter der als ständige Mitglieder zum Sicherheitsrat gehörenden Länder, ferner Italiens und Äthiopiens, sowie ein europäischer und zwei eingeborene Residenten angehören werden.

Eine solche Lösung des Problems entspricht voll und ganz sowohl den Interessen der Bevölkerung der ehemaligen italienischen Kolonien als auch den erhabenen Prinzipien, die der UNO-Satzung zugrunde liegen. Nur die Annahme der Sowjetanträge kann der imperialistischen Politik des heimlichen Kuhhandels um die ehemaligen italienischen Kolonien ein Ende setzen, die von den Westmächten als Bauern in ihrem abenteuerlichen Schachspiel ausgenutzt werden. Lediglich die von der Sowjetunion vorgeschlagene Entscheidung eröffnet den Völkern, die diese Länder bewohnen, den Weg zu freier selbständiger Entwicklung.

V. Bereshkow

30. September

Die Sowjetdelegation bringt im Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung einen Resolutionsentwurf zum Problem des Schicksals der ehemaligen italienischen Kolonien ein.

1. Oktober

In Chicago wird eine von über 1200 Delegierten beschickte Friedenskonferenz amerikanischer Gewerkschaften eröffnet.

In den USA treten die Arbeiter der Stahlhüttenindustrie in Streik.

Die argentinische Regierung gibt die Abwertung des argentinischen Pesos ab 3. Oktober bekannt.

2. Oktober

Louis Saillant, Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften, ersucht die holländische Regierung, eine Delegation der Weltföderation die Einreise nach Indonesien zu gestatten. Die Delegation soll die Lage der indonesischen Gewerkschaften studieren und diesen praktische Hilfe erweisen.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

September—Oktober 1949

In Helsinki wird ein Finnischer Landeskongreß der Friedensanhänger eröffnet. Zum Kongreß traf eine von W. W. Kusnezow, Vorsitzendem des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, geführte Sowjetdelegation ein.

3. Oktober

Der bulgarische Außenminister Poptomoff richtet an den UNO-Generalsekretär Trygve Lie eine Botschaft, in der dargelegt wird, daß Truppen und Flugzeuge der Athener Regierung in den Tagen vom 21. bis 25. September siebenmal die bulgarische Grenze verletzt haben. In der Botschaft wird aufs schärfste gegen diese systematischen Provokationen protestiert.

Die bulgarische Regierung beschließt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der Volksrepublik China.

Die rumänische Regierung beschließt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der Volksrepublik China.

Die ungarische Regierung veröffentlicht eine Erklärung, mit der sie gegen die Bildung der Separatregierung in Westdeutschland als gegen eine Bedrohung des Friedens und der Demokratie protestiert. Die Regierung Ungarns ist völlig mit der Note der Sowjetunion zur deutschen Frage vom 1. Oktober einverstanden.

4. Oktober

Die polnische Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu der Regierung Jenghisch in Kanton ab und erkennt die von Maotseung geführte Zentrale Volksregierung Chinas an.

Die tschechoslowakische Regierung beschließt, unverzüglich diplo-

matische Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen und die diplomatischen Beziehungen zur Kuomintangregierung Jenhsichs abzubrechen.

Die ungarische Regierung beschließt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der Volksrepublik China.

Außenminister Poptomoff gibt im Namen der Regierung der Volksrepublik Bulgarien eine Erklärung ab, in der die Bildung der westdeutschen Separatregierung verurteilt und die Solidarität mit dem Standpunkt der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht wird, wie er in der sowjetischen Note zur deutschen Frage vom 1. Oktober dargelegt wurde.

Im Hinblick darauf, daß die jugoslawische Regierung den am 9. Mai 1946 geschlossenen Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Nachkriegszusammenarbeit sowie das Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien vom 27. April 1947 gröblich verletzt, teilt die tschechoslowakische Regierung mit, daß der genannte Vertrag sowie das Abkommen außer Kraft treten.

Der UNO-Generalsekretär Trygve Lie erhält von Nathanaili, stellvertretendem Außenminister Albanien, ein Schreiben, in dem 104 provokatorische und aggressive Handlungen angeführt werden, die von der Athener Regierung vom 27. Juli bis 1. September d. J. begangen wurden. Das Schreiben enthält den Appell, dieser aggressiven und verbrecherischen Tätigkeit der Athener Regierung ein Ende zu bereiten.

In Chicago endet die Friedenskonferenz amerikanischer Gewerkschaften. Es wurde eine Resolution beschlossen, mit der alle Arbeiter Amerikas zum Kampf für das unverzügliche Verbot der Atomwaffe und für den Abschluß eines internationalen Abrüstungsabkommens aufgerufen werden. Ferner wurde ein ständiges Nationalkomitee der amerikanischen Gewerkschaftskonferenz zum Schutze des Friedens gewählt.

In Genua wird der zweite Kongreß der in der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens zusammengeschlossenen Gewerkschaften eröffnet.

5. Oktober

Die Sowjetpresse veröffentlicht eine Mitteilung über die Ernennung N. W. Roschtschins zum Sowjetbotschafter in der Volksrepublik China und des Herrn Wantsanghsiang zum chinesischen Botschafter in der Sowjetunion.

Die koreanische Regierung beschließt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der Volksrepublik China.

In Peking wird eine Chinesische Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft gegründet.

Rücktritt der französischen Regierung Henri Queuille.

6. Oktober

Das rumänische Außenministerium gibt im Namen der Regierung der Rumänischen Volksrepublik eine Erklärung ab, die besagt: die von den USA, England und Frankreich gebildete Separatregierung für die westdeutschen Besatzungszonen bedeutet die Schaffung eines Unruheherds in Europa, der die friedliche Aufbauarbeit des rumänischen Volkes wie auch anderer Völker bedroht. Die rumänische Regierung ist der Auffassung, daß die durch die Politik der Westmächte in Deutschland geschaffene Lage den Interessen des Friedens, der Sicherheit und der Unabhängigkeit der Völker Europas widerspricht.

Die polnische Regierung richtet an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs Protestnoten gegen deren einseitige, den Potsdamer Beschlüssen zur Deutschlandfrage widersprechende Handlungsweise in Westdeutschland.

Die albanische Regierung richtet an die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs Noten anläßlich der Bildung der westdeutschen Marionettenregierung in Bonn. Die Regierung Albanien erachtet die Bonner Regierung als ungesetzlich und dem deutschen Volk entgegen seinen Interessen und seiner nationalen Souveränität aufzuzwingen; desgleichen widerspreche sie den Potsdamer Beschlüssen und der Sicherung des Friedens. Die albanische Regierung lenkt die Aufmerksamkeit der Regierungen der USA, Englands und Frankreichs auf deren Verantwortlichkeit für die Schaffung einer Lage, die eine Gefahr für den Frieden bedeutet.

Die Regierung der Mongolischen Volksrepublik erkennt die Zentrale

Volksregierung Chinas an und beschließt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu ihr.

Die tschechoslowakische Regierung richtet an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs Protestnoten gegen die Politik der Westmächte in Deutschland, insbesondere gegen die Schaffung des westdeutschen Marionettenstaats.

Präsident Truman unterzeichnet den Gesetzentwurf über die Bewilligung von mehr als 1314 000 000 Dollar für die sogenannte militärische Unterstützung der Teilnehmerstaaten des Nordatlantischen Vertrags und anderer Länder.

Die griechische Polizei verhaftet 72 Gewerkschaftsfunktionäre, die der Zugehörigkeit zu einer „kommunistischen Fraktion“ in den Gewerkschaftsorganisationen von Athen und vom Piräus bezichtigt werden.

7. Oktober

In Berlin findet die 9. Tagung des Deutschen Volksrats statt. Auf der Tagung wird einstimmig ein Manifest der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands angenommen und die Deutsche Demokratische Republik ausgerufen. Der Deutsche Volksrat erklärt sich zur Provisorischen Volkskammer der Republik.

In Berlin findet die konstituierende Sitzung der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik statt. Die Kammer bestätigt das Gesetz über das Inkrafttreten der am 19. März 1949 angenommenen Verfassung und das Gesetz über die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Beginn eines Monats der polnisch-sowjetischen Freundschaft in Polen.

Auf Antrag des bulgarischen Ministerrats verlegt das Präsidium des Großen Sobranjes Bulgariens die Wahlen zum Großen Sobranje und zu den Kreisräten auf den 18. Dezember 1949.

9. Oktober

In Moskau trifft eine vom stellvertretenden Ministerpräsidenten S. Lubsan geführte Regierungsdelegation der Mongolischen Volksrepublik ein.

In Österreich finden Nationalrats- und Landtagswahlen statt. Die Wahlen gehen unter Terrordruck und Provokationen vor sich.

VERLAGSANGEZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR JURISTISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

WISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNGSWERKE

A. J. WYSCHINSKI — *Probleme der Staats- und Rechtstheorie*. 420 S., Rbl. 16,—

A. J. WYSCHINSKI — *Probleme des internationalen Rechts und der internationalen Politik*. 504 S., Rbl. 18,40

Das Buch enthält eine Sammlung der bedeutendsten Reden und Diskussionsäußerungen des Verfassers auf der Pariser Friedenskonferenz 1946, in den Sitzungen des UNO-Sicherheitsrats 1946, auf der ersten Tagung der UNO-Vollversammlung 1946, auf der zweiten Tagung der UNO-Vollversammlung 1947, sowie Ausführungen in Pressekonferenzen und auf Kundgebungen.

D. M. GENKIN, I. B. NOWIZKI, N. W. RABINOWITSCH — *Geschichte des sowjetischen Zivilrechts*. 544 S., Rbl. 16,50

L. A. LUNZ — *Das internationale Privatrecht*. 368 S., Rbl. 8,—

PUBLIKATIONEN OFFIZIELLER DOKUMENTE UND HANDBÜCHER

HANDBUCH DER GESETZGEBUNG FÜR GERICHTS- UND STAATSANWALTSCHAFTSANGESTELLTE. Herausgegeben von G. N. Safonow, Generalstaatsanwalt der Union der SSR.

Erster Band. 642 S., Rbl. 22,—

Zweiter Band. 402 S., Rbl. 17,80

Dritter Band. 540 S., Rbl. 19,20

Die Handbücher enthalten die am 1. Januar 1949 geltenden Gesetze der Union der SSR.

CHRONOLOGISCHE SAMMLUNG DER GESETZE, DER ERLASSE DES PRÄSIDIUMS DES OBERSTEN SOWJETS UND DER VERORDNUNGEN DER REGIERUNG DER RSFSR.

*Erster Band. 1917—1927. 516 S., Rbl. 13,—

Zweiter Band. 1928—1929. 328 S., Rbl. 8,—

Dritter Band. 1930—1934. 520 S., Rbl. 12,50

Vierter Band. 1935—1945. 596 S., Rbl. 14,—

Fünfter Band. 1946—1948. 512 S., Rbl. 12,70

POPULÄRWISSENSCHAFTLICHE LITERATUR

S. N. ABRAMOW — *Der Zivilprozeß*. (Serie „Bibliothek des Volksrichters“. 5. Buch.) 204 S., Rbl. 4,20

N. G. ALEXANDROW, J. I. ASTRACHAN — *Das Arbeitsrecht*. (Serie „Bibliothek des Volksrichters“. 6. Buch.) 152 S., Rbl. 3,40

S. A. BORDONOW — *Der Schutz des sozialistischen Eigentums durch das Volksgericht*. 24 S., Rbl. —,30

K. A. GRAWE, A. I. PERGAMENT, T. B. MALZMAN — *Das Zivilrecht*. (Serie „Bibliothek des Volksrichters“. 4. Buch.) 256 S., Rbl. 5,—

G. INJUTIN, R. KATZ — *Die Pensionen für die Arbeiter der wichtigsten Volkswirtschaftszweige*. Herausgegeben von T. N. Suchow. 88 S., Rbl. 2,10

D. S. KAREW — *Die Sowjetjustiz*. (Serie „Bibliothek des Volksrichters“. 1. Buch.) 140 S., Rbl. 3,—

B. A. LISKOWEZ, A. S. SOMINSKI — *Das Volksgericht wacht über die Rechte der Staatsbürger*. 32 S., Rbl. —,40

I. D. PERLOW — *Arbeitsorganisation des Volksgerichts*. (Serie „Bibliothek des Volksrichters“. 8. Buch.) 176 S., Rbl. 3,65

A. A. RUSKOL, B. A. LISKOWEZ — *Das Kollektivwirtschaftsrecht*. (Serie „Bibliothek des Volksrichters“. 7. Buch.) 172 S., Rbl. 4,—

B. S. UTJEWSKI — *Das Strafrecht*. (Serie „Bibliothek des Volksrichters“. 2. Buch.) 212 S., Rbl. 4,90

B. S. UTJEWSKI — *Das sozialistische Eigentum, die Kraftquelle unserer Heimat*. 32 S., Rbl. —,40

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHERHEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFTSTELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS.